

zeitschrift für kriegsdienstverweigerer
UNUS
WAS UNS BETRIFFT nr.4 • Dez. 1986
und zivildienstleistende

PAZIFISMUS (k)ein Thema für die „DRITTE WELT“?





Inhalt

Die WUB wird 15

Grüße zum Geburtstag 3 u. 21

Im Blickpunkt

„Wir brauchen Kommunikation“
Interview mit Pfarrer H. Schäufele . . . 4

Leserbericht

Das Bundesamt macht Spaß 7

WUB-Rätsel 8

WUB-Thema:

Pazifismus – (k)ein Thema für die „Dritte Welt“?

Rückrufaktion für KDVer
Interview mit Nicaragua-
Brigadisten 9

Der Kampf der leeren Hände
Ernesto Cardenal und Daniel
Berrigan im Streit um den
Befreiungskampf 12

KDV in der „Dritten Welt“
Ein Überblick 14

Beendet die Wehrpflicht!
KDV in Südafrika 16

Rüstungsexport – das Geschäft
mit dem Tod 18

Briefe 21

Was unser Recht betrifft 22

Infos 24

Schwarz auf Weiß 25

Buchtip 26

Kulturelles 27

Rüstzeiten / Werkwochen 28

Titelphoto:

Martin Storz (Grafitti, Stuttgart)

Nicaragua.

In Matagalapa: Ausbildung für Frauen in
Selbstverteidigungsgruppen.



Impressum:

WUB (WAS UNS BETRIFFT) ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Im Auftrag der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) wird sie herausgegeben von: Pfarrer Helmut Schlüter (Köln), Pfarrer Friedhelm Schneider (Speyer), Diakon Theodor Ziegler (Karlsruhe).

Redaktion: Werner Schulz (verantwortlich)

Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Tel. (0711) 62 81 49

Vertrieb: Büro Pfarrer Schlüter, Kartäusergasse 9, 5000 Köln 1, Tel. (0221) 32 24 00

Konto: Pfarrer Schlüter, Sonderkonto WUB, Bank für Kirche und Diakonie.

Duisburg (BLZ 35060190) Konto-Nr. 30 529

Intern

Liebe Leser/innen,

die Dinge haben ja bekanntlich zwei Seiten, eine gute und eine schlechte, und es ist oft eben eine Frage des Standpunkts, was man wie bewertet. Beispiel: Der zivildienstleistende Kriegsdienstverweigerer. Da wird in der öffentlichen Diskussion gern ein feiner Unterschied gemacht, und aus einem Ganzen entstehen zwei ungleich geliebte Hälften.

Die gute Hälfte – natürlich – ist der Zivildienstleistende. Da ist das Positive ja bereits im Wort enthalten: Dienst, Leistung – und bei „zivil“ denkt man vielleicht auch an Courage. ZDLs leisten etwas – und Leistung wird honoriert. ZDLs sind nötig, gern gesehen, arbeiten motiviert und engagiert, freundlich, hilfsbereit und sind ganz nebenbei für so manche Masche des sozialen Netzes unabdingbar. Dafür wird ihnen – nach 25 Dienstjahren nur recht und billig – gerne auch mal amtlicherseits auf die Schulter geklopft.

Schade nur, mag mancher bei sich denken – und damit wären wir bei der schlechteren Hälfte – daß es den Fisch nicht ohne Gräten gibt, d. h. keinen ZDL, der nicht auch Kriegsdienstverweigerer wäre.

Und mit der KDV haben halt, Grundrecht hin oder her, nicht wenige ihre Probleme. Das fängt ja beim Buchstabieren oft schon an: einige bringen auch nach jahrelangem Üben immer bloß ein W-D-V raus, was dann „Wehrdienstverweigerer“, vereinzelt auch „Wehrmachtsverweigerer“ heißen soll.

Und vielen paßt sicher auch der Ausdruck „Verweigerer“ grundsätzlich nicht ins Bild, weil er so nach „Spielverderber“ oder „Abstinenzler“ klingt. Jetzt aber zu uns. Wie halten wir's denn selber mit den beiden Seiten? Was sind wir? Oder: was wollen wir sein? Muß uns das Rateteam zwei Handbewegungen erlauben und uns zwei Schweinderln hinstellen, eins für den KDVer in uns und eins für den ZDL?

Ein aktiver Zivi hat mir vor kurzem erzählt, für ihn komme die eigene Selbstdarstellung „ganz drauf an“ mit wem er es zu tun habe. Den Trick benutzt er sicher nicht alleine. Mit Kritikern des Art. 4/3 GG kommt man eben eher über den Zivildienst ins Gespräch, zur Demo geht man als Kriegsdienstverweigerer.

Verständlich und legitim, solange wenigstens jeder für sich selbst Ursache und Wirkung der Gewissensentscheidung gegen den Kriegsdienst auseinanderhält. Es wird ja wohl nur selten so sein, daß einer, sobald er den Zivildienstausweis in der Tasche und Soldgruppe 3 auf dem Konto hat, auch schon seinen KDV-Wunschzettel abhaken kann.

Wie dem auch sei: der gelbe BAZ-Ausweis geht nach max. 20 Monaten wieder zurück. Den Status „anerkannter Kriegsdienstverweigerer“ können wir länger vorzeigen – sofern wir es selber wollen, und – von wegen staatlicher Anerkennung – sofern nichts dazwischen kommt. Bisher gab es da wohl keine Probleme, aber das scheint sich ja nun zu ändern.

Auch die Ulmer Nicaragua-Brigadisten hatten mit einer erneuten Vorladung vor den Prüfungsausschuß nicht gerechnet. In zwei Fällen konnten sie ihre Anerkennung erfolgreich verteidigen (Interview dazu auf S. 9). Ihre Haltung und ihre Argumentation dürfte aber auch unter WUB-Lesern nicht unumstritten sein.

Wie gesagt: die Dinge haben meistens zwei Seiten.

Die WUB natürlich nicht. Die hat wieder 28.

Herzlichst Euer

Werner Schulz

Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von KDV und ZDL) durch Artikel, Leserbriefe, Photos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden.

Das Jahresabonnement (z. Zt. 4 Hefte einschl. Versand) kostet DM 10,-. Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestellabschnitt auf der letzten Seite.

Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse.

Gesamtherstellung und Layout: windhueter kollektiv, Heinkelstr. 27,

7060 Schorndorf.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen dürfen Kopien für den persönlichen und sonstigen Gebrauch hergestellt werden.

Auflage: 10 000.



Geburtsstagsgrüße

Lieber Werner Schulz,

entschuldigen Sie bitte die späte Antwort auf Ihren netten Brief, der mich um so mehr gefreut hat, als er per Beilage beweiskräftig das Überleben der Dame WUB dokumentierte, an die wir schon vor über zehn Jahren viel Phantasie, bisweilen dilettantischen Eifer, aber vor allem ernst gemeintes Engagement abgeben haben. Mit 15 Jahren, nunmehr der pikkeligen Pubertät entwachsen, ist trotz des subjektiv langen Rückblicks für WUB erst ein Alter erreicht, wo junge Menschen anfangen, sich politische Überlegungen zu machen, ja vielleicht sogar schon mal über Grundprobleme des Pazifismus, der Kriegsdienstverweigerung oder gewaltfreien Agierens nachzudenken. So gesehen hat WUB die Zukunft erst vor sich, auch wenn ich beim Nachblättern alter Ausgaben den Eindruck habe, daß dem Neugeborenen die Zähne schon recht früh wuchsen, mithin sich parallel zur Sprachbefähigung auch ein bisweilen kräftiger Biß entwickelt hat.

Ich persönlich bin nach der WUB-Zeit erst einmal in die Schreiber-Lehre gegangen, habe ein Zeitungsvolontariat abgeschlossen und war hernach landespolitischer Redakteur bei der „Stuttgarter Zeitung“. Seit 1983 bin ich für den Evangelischen Pressedienst (epd) in Genf, wo ich als Korrespondent vor allem den Weltkirchenrat und den Lutherischen Weltbund schreibend beobachte, aber auch über die anderen internationalen Organisationen der UNO-Stadt berichten kann.

Das „moderne“ WUB in Händen zu halten ist für einen Journalisten, der dort 'mal angefangen hat, natürlich ein schönes Gefühl. Zu wenig weiß ich über die finanzielle und kirchenpolitische Einbindung heute, will also nicht beurteilen, ob es WUB so förderlich ist, „Sprachrohr für die Zivildienstseelsorge in unserer Kirche“ zu sein. Das kann aus finanziellen Gründen unerlässlich sein, es spricht gewiß dafür, daß die Evangelische Kirche in unserer Gesellschaft diejenige ist, die sich noch am meisten um KDV und ZDL kümmert.

„Sprachrohr für“ zu sein schließt indessen oft aus, daß man „Sprachrohr von“ ist, von den Kriegsdienstverweigerern selber also, die ja ruhig mal anders denken sollen als die Zivildienstseelsorge. Doch wie gesagt: Ein unter gewissen Kompromissen erstelltes WUB ist wesentlich wertvoller als gar keines.

Bedenken sollte man dabei, daß wir auch innerhalb der Evangelischen Kirche inmitten einer Inflation von Informationen leben. Da wir uns vor Informationen jeder Art nicht zu schützen wissen, haben wir alle wohl eine Fähigkeit entwickelt, Informationen so zu verdauen, daß wir von ihnen keine Magenbeschwerden bekommen. Das muß ein „Friedensblättchen“ wie WUB wissen, wenn es sich bei einer Leserschaft auch der Zivildienstleistenden halten will: Es existiert innerhalb eines Informationsüberangebotes, das uns alle für eigentliche Mitteilungen desensibilisiert hat.

WUB muß, was seine „Sponsoren“ angeht, auch wissen, daß Informationen Angst, Unsicherheit, ja sogar Ungeborgenheit auslösen. Dort, bei der Kirche also, wird Informationspolitik oft mit dem amerikanischen Ausdruck von public relations verwechselt. Da gilt es – und das ist für eine gerade 15-jährige viel verlangt – mit großer Geduld und Zurückhaltung Unabhängigkeit zu bewahren, Distanz aufzubauen und einzuhalten – auch dem Leser gegenüber. Ich meine, eine ungewöhnliche Schrift wie WUB muß immer und in jeder Beziehung den Mut haben, über Gewohntes und Festgelegtes hinwegzuspringen. Ihren Beitrag zum Frieden leisten Menschen wohl nur, wenn sie behutsam eine neue Haltung und Gesinnung durchsetzen. Mit anderen Worten: Wenn sie ihren eigenen Reifungsprozeß anderen so mitteilen, daß diese daran teilhaben. Diese Fähigkeit wünsche ich den WUB-Redakteuren auch in den kommenden Jahren.

Mit herzlichen Grüßen
Hansjörg N. Schultz

von ehemaligen
WUB-Redakteuren

Lieber Werner,

im November 1971 wurden von einigen ZDL die ersten Blätter zum Start-Exemplar von WUB zusammengeheftet.

Von 1976 bis 1981 war ich – zwar nicht presserechtlich, aber doch arbeitsmäßig, organisatorisch, redaktionell – verantwortlich für WUB.

15 Jahre nach WUB-Beginn und 5 Jahre nach meinem Abschied von WUB finde ich heute eine Zeitschrift vor, die sich äußerlich sehr verändert hat, sich inhaltlich aber immer noch im wesentlichen mit denselben Themen, Ärgernissen und Hoffnungen herumschlägt.

Leider hat sich in der „großen“ Politik (die zumeist von kleinen Geistern betrieben wird) so gut wie nichts zum Besseren verändert, und aus der KDV- und ZDL-Szene höre ich auch nicht viel.

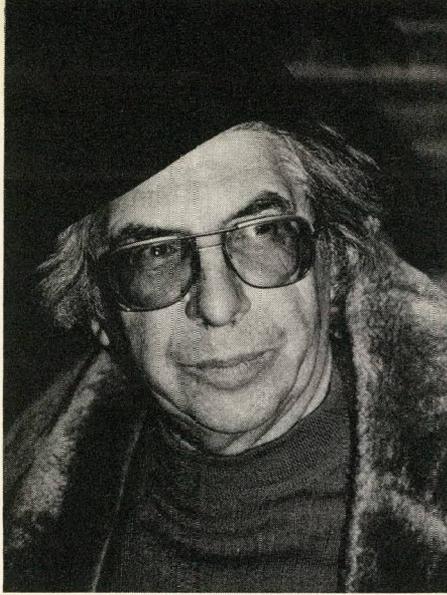
Dennoch wünsche ich Dir und allen WUB-Machern Stehvermögen, Mut – z. B. zum Streit mit den Obrigkeiten –, Humor, sowie interessierte und engagierte Leser, die das Handeln nicht scheuen.

In alter Freundschaft
Johannes Rau

Anmerkung:

Johannes Rau ist Dipl.-Pädagoge und war von 1976 bis 1981 Referent beim Beauftragten der Evang. Landeskirche in Württemberg für KDV und ZDL. Seit 1983 arbeitet er an der Univ.-Kinderklinik Tübingen mit krebserkrankten Kindern und deren Familien.

Fortsetzung auf Seite 21



Wir brauchen Kommunikation

Pfarrer Hermann Schäufele über die Entstehung der WUB und über Entwicklungen im Zivildienst

Die erste WUB, das waren 16 „abgenudelte“ Schreibmaschinenseiten auf mittlerweile recht vergilbtem Papier. Diese „Nachrichtenblätter für EDL“ machten erstmals im November 1971 in Württemberg die Runde. Seither taucht ein Name kontinuierlich bis Ende 1985 in jeder Ausgabe auf: Pfarrer Hermann Schäufele. Pfarrer Schäufele, Jahrgang 1922, war seit Ende der 50er Jahre nebenamtlicher KDV-Beistandspfarrer und seit 1973 Beauftragter für KDV und ZDL der württembergischen Landeskirche, und damit einer der ersten „KDV-Pfarrer“ überhaupt. Seiner Initiative und seinem Engagement ist es zu verdanken, daß die Idee der damaligen EDL, eine eigene Zeitschrift zu verbreiten, in die Tat umgesetzt wurde. Im Juni d. J. wurde Hermann Schäufele in den Ruhestand verabschiedet. Das folgende Interview mit dem „Gründervater“ der WUB dürfte nicht nur im Hinblick auf den Lebenslauf unserer Zeitschrift interessant sein. Wer so viele Jahre mit KDVern und ZDLs zu tun hatte, der kann auch über Entwicklungen im Zivildienst einiges sagen.

Das Gespräch mit Pfarrer Schäufele führte Werner Schulz.

WUB: Herr Schäufele, wer kam denn auf die Idee, eine Zeitschrift für ZDLs zu gründen? Gab es dafür einen konkreten Anlaß?

Schäufele: Ich weiß noch sehr genau, wo die WUB entstanden ist, und ich weiß auch noch genau den Anlaß: es war bei einer Rüstzeit für ZDL Anfang der 70er Jahre. Da muß man nun zuerst diesen Zeitpunkt genauer ins Auge fassen. Das waren ja die Jahre der großen zahlenmäßigen Steigerung im Ersatzdienst und das hat bedeutet, daß der Staat damals neue Beschäftigungsstellen eingerichtet hat. So sind in kurzer Zeit viele kleine Dienststellen entstanden, nachdem auf einmal auch Kirchengemeinden und kleinere Stellen gemerkt haben: ach so, die Kerle, die „schaffet ja ebbs“, das sind ja keine Faulenzer. Ursprünglich hat ja jeder Dienststellenleiter bloß abgewehrt. Als ich Anfang der 60er Jahre rumgefahren bin, da habe KDVer verkauft wie Sauerbier. Ja wirklich, ich habe gesagt: „Nun nehmt doch ihr auch welche.“ Was politisch hochinteressant ist und weshalb man sich heute so schwer tut, aus dem Zivildienst etwas zu machen: weil wir die EDLs damals buchstäblich verkauft haben. „Nehmt doch einen!“ Jeder hat gesagt: „Oh, was sind das für Leute? Drückeberger. Die wollen doch nichts tun. Das ist nichts für mich.“ Und dann, nach 10 Jahren – die erste Generation, die hat ja auch unheimlich gearbeitet und sich alles gefallen lassen, um dieses Image zu verbessern – da ging dann so ein Aha-Erlebnis rum. „Ach so,

aha, die Kerle tun eigentlich schon ein bißchen was. Na ja, dann nehme ich auch einen.“ Das war so der Jargon, „dann nehme ich auch einen“. Und das hat nun wiederum bewirkt, daß unter den EDLs eine unheimliche Diaspora entstanden ist. Dort war einer, da zwei, hier drei usw. Und jetzt komme ich wieder auf die Rüstzeit zurück. Da war ein EDL namens Martin Bräuning dabei, der in einem Krankenhaus im Stuttgarter Raum gearbeitet hat. In diesem Krankenhaus war ein großes Unbehagen zwischen den Mitarbeitern und den Chefsärzten und so. Da haben die 5 oder 6 EDL, die es dort gab, versucht ein Organ zu schaffen, in dem sich die „kleinen Leute“ dieses Krankenhauses äußern konnten. Eine hausinterne Zeitschrift zu den Themen „was uns betrifft“. Auf der Rüstzeit war nun das Bedürfnis geäußert worden: „Wir brauchen mehr Kommunikation. Wie könnten wir die Kommunikation untereinander verstärken?“ Und dann berichtete der Martin Bräuning: „Ja, wir haben bei uns so ein Blättle, das heißt ‘WUB’, ‘was uns betrifft’. Wie wäre denn sowas?“ Und alle haben zugestimmt. „Gut, okay, das machen wir. Ein Blatt für alle EDL in Württemberg.“ Ja, und so ist das Ding dann entstanden.

Kommunikationsorgan

WUB: Wie hat man dann versucht, die WUB an den Mann zu bringen?

Schäufele: Ja, das ist interessant. Das

ist ja nicht nur eine Frage des Geldes – einen Etat hatten wir sowieso nicht, die ganze Sache ist halt an verschiedenen Stellen „irgendwie mitreingelaufen“. Es war ja auch die Frage: Wie entsteht jetzt unter den EDL, auch dort, wo 3 oder 5 sind, wirklich Kommunikation über dieses Blatt? Gedacht war: wir schicken eines an jede Gruppe. Ganz bewußt nur ein Heft, und dann sollen die das miteinander lesen. Und dann haben wir uns überlegt: Wo kann man das Heft dann deponieren, damit es jeder kriegt? „Dann hängen wir’s auf’s Klo“, war die Lösung. „Da kommt jeder einmal hin und dann liest er’s halt dort.“ Ja, so banal. Auf jeden Fall sollte WUB kein Schleuderartikel sein und – daher auch der damalige Untertitel – es sollte von Anfang an von ZDL für ZDL sein. Aber mit dieser Geschichte sind wir dann gescheitert.

WUB: Warum kam dieser Anspruch zu Fall? Es war ja damals noch so, daß ZDLs zu Redaktionssitzungen kamen und dann auch Artikel geschrieben haben. Das klappte dann irgendwann nicht mehr?

Schäufele: Das hat nicht mehr geklappt, weil sich diese Redaktionssitzungen, wo anfangs manchmal bis zu 20 Leute da waren, verlaufen haben und einfach niemand mehr gekommen ist. Was ich auch verstehen kann, denn bis ein ZDL einmal die WUB in die Hand kriegt, bis er sich dann aufgeschwungen hat, etwas zu schreiben, bis er sich aufgeschwungen hat, nach Stuttgart zu kommen und in der Redaktion mitzuarbeiten –, da hat sich das Ding einfach verlaufen. Und wer draußen war aus dem Zivildienst, der hat in der Regel sowieso kein Interesse mehr gehabt.

WUB: Sie würden also nicht sagen, daß das mit einer zunehmenden Entpolitisierung der ZDLs zu tun hatte?

Schäufele: Aber natürlich, ganz klar. Darunter hat WUB sehr zu leiden gehabt. Es sind dann einfach keine Beiträge mehr geschrieben worden. Und bei dieser Form der Redaktion hat es in der Anfangszeit in Bezug auf die Verantwortung des Herausgebers einige heftige Probleme gegeben. Da wollte z. B. die SO-Gruppe Tübingen einen Artikel in

der WUB veröffentlichen, der zum Kirchenaustritt aufrief. Und da hab' ich natürlich gesagt: „Freunde, das läuft nicht! Das bring' ich nicht, auch im Interesse von WUB.“ Denn das Heft wurde damals mit kirchlichen Geldern finanziert. „Und ihr könnt drauf gehen, dieses Blatt wird immer sehr kritisch verfolgt.“ Natürlich auch in Bonn. Dort und von den Einrichtungsleitern wurde es oft mehr gelesen, als von den ZDLs selber. Es war eben neben der DFG/VK-Zeitung das Einzige, was auf dem Markt war, für ausgesprochene ZDL-Themen.

Aber zurück zu Ihrer Frage. Mein Gedanke war ursprünglich, die Individualisierung der ZDLs durch das Anerkennungsverfahren ein Stück weit wieder aufzuheben durch WUB; die Leute ein Stück weit zusammenzuführen und zu politisieren. Und das ist eigentlich nicht gelungen, sondern WUB ist immer mehr ein professionelles Blatt geworden, weshalb wir auch vor ein paar Jahren ehrlicherweise den Untertitel „von ZDL für ZDL“ gestrichen haben. Wir mußten einfach sehen, das stimmt so nicht mehr.

WUB: Was waren denn die Themen, die die ZDLs selber überwiegend in WUB haben wollten?

Schäufele: Da haben wir die Erfahrung gemacht: wenn ZDLs schon einmal etwas geschrieben haben, dann war es dann, wenn es Schwierigkeiten in der Einrichtung gab. Ein solcher Fall, den wir in der Zeit, als Johannes Rau Schriftführer war in der WUB veröffentlicht haben, brachte uns hinterher sehr große Probleme. Und was mich dabei am meisten geärgert hat: die haben das geschrieben, kurz vor ihrem Ausscheiden aus dem Zivildienst. Als es dann den Knatsch gab, waren die nicht mehr auffindbar. Da habe ich gesagt: „Freunde, das könnt ihr nicht mehr bringen!“ Und ich habe hinfert immer, wenn so ein kritischer Artikel kam, gesagt: „Ich komme zu euch und rede mit euch. Aber ihr müßt dann hinterher auch gerade stehen. Es hat keinen Sinn, daß man was schreibt, unter dem Motto 'volle Pulle druff', und dann hinterher außen vor bleiben will.“ Das habe ich nicht mitgemacht und das haben manche vielleicht nicht eingesehen. Für die war die ganze Sache dann nicht mehr lustig.

WUB: Wie wurde dann später die WUB finanziert?

Schäufele: Es gab einen jährlichen Betrag über den Zuschuß der EKD an die Bundes-EAK. Das gilt bis heute.

WUB: Gab es denn während Ihrer Zeit mit WUB außer dem nachlassenden Interesse an der aktiven Mitarbeit seitens der ZDL noch andere Probleme?

Schäufele: Ja. Nun – wir hatten auch Probleme mit der EKD. Und da ging's vor allem dann um die Karikaturen. Es gibt ja einen Beirat der EKD für KDVer, und in diesem Ausschuß hat auch ein Vertreter der Militärseelsorge Sitz und



Oben: So sah die erste WUB vom November 1971 aus.

Unten: 1978. Das BVerfG erklärt die „Postkartenverweigerung“ für grundgesetzwidrig.

Stimme. Und die lesen die WUB natürlich auch ganz genau und gucken sie genau an, und die haben vor allem nach den Karikaturen geschaut. Wenn dann eine Karikatur da war, wo etwa irgendwie ein Offizier ein bißchen karikiert worden ist, dann gab es Ärger. Da hatte besonders der Sigi Rupnow darunter zu leiden. Wegen der Karikaturen wurde unser Blatt einseitig und aggressiv genannt, und da mußte man immer mal wieder einiges ausbügeln.

Es gab auch mal die eine oder andere Beschäftigungsstelle, die uns mitteilte, daß man an ihre Adresse unsere Zeitung nicht mehr schicken dürfe, aber im großen und ganzen gab es auf dieser Ebene keine Probleme.

„Der politische Dampf ist raus.“

WUB: Ich würde mit Ihnen gerne noch auf die grundsätzlichen Entwicklungen im Zivildienst zu sprechen kommen. Sie haben ja, zuerst als nebenamtlicher KDVer, seit den 50er Jahren mit KDVer, EDLs und ZDLs zu tun gehabt und waren mehr als zehn Jahre hauptamtlicher KDVer-Beauftragter der württembergischen Landeskirche. Gibt es für Sie spürbare Veränderungen im Bereich KDVer und Zivildienst?

Schäufele: Ja. Es gab – leider, würde ich sagen – mehr negative als positive Entwicklungen. Was ich positiv bewerten würde ist, daß sich der Art. 4/3 und die Sache der KDVer in unserer Gesellschaft so etabliert hat, daß sie nicht mehr wegzudenken und auch sicher nicht mehr wegzukriegen ist. Das ist natürlich in der deutschen Rechtsgeschichte schon eine tolle Sache. Auch das Image der ZDLer hat sich sehr stark gebessert. Man hat ja gemerkt, wie anlässlich des 25-jährigen Jubiläums alle den Zivildienst hochgejubelt haben.

WUB: Aber mit dem Zivildienst hat sich die KDVer nicht in gleichem Maße etabliert. Die soziale Arbeit ist doch weit gerner gesehen als das, was eigentlich dahinter steht, nämlich die Verweigerung des Kriegsdienstes.

Schäufele: Darauf wollte ich noch kommen. Es hat sich zwar eingebürgert, daß man den Kriegsdienst verweigern kann, aber der politische Dampf ist natürlich rausgegangen. Und es stimmt, was Sie sagen: Bei Befragungen schätzt die Bevölkerung den Zivildienst sehr hoch ein, lehnt aber die KDVer weitgehend ab. Aber das liegt auch an den ZDLs. Weil sie sich selber eben nicht mehr als KDVer verstehen, sobald sie Zivildienst machen, ging auch ein Stück weit der politische Gehalt der KDVer verloren.

WUB: In einer WUB-Ausgabe von 1977 haben Sie geschrieben, die ZDLs und KDVer sollen sich als politische Kraft neu sammeln und gemeinsam überlegen, wie sie dem Rad des Rüstungswettlaufs in die Speichen greifen können. Sehen Sie KDVer und ZDLs als politische Kraft, die etwas bewirken kann?

Schäufele: Ja. Als potentielle Kraft auf jeden Fall. Wenn man mal allein von den Zahlen ausgeht – und im politischen Geschäft, da zählen nun mal Zahlen – dann haben wir weit über 500 000 Antragsteller auf KDVer. Das heißt, wir wären – immer potentiell geredet – neben SPD und CDU – wenn man die Gewerkschaften mal außen vor läßt – die drittstärkste Kraft. Wenn es uns gelänge, die Kriegsdienstverweigerer sozusagen als „Mitglieder“ zu sammeln. Aber z. B. die DFG/VK als Verband, die kriegen ja heute kaum mehr KDVer und ZDLs. Und das hängt ja wiederum zusammen mit dieser irren Individualisierung in unserer Gesellschaft insgesamt und mit dem Verfahren. Ich darf ja in dem Verfahren gar nicht „wir“ sagen. Ich soll nach Möglichkeit sagen: ich bin überhaupt der einzige KDVer, den's gibt. Ja und wie soll ich denn von dieser Haltung aus plötzlich wieder zu den anderen hinfinden? Da sehe ich das große Problem drin. Das wäre ja auch eine Frage, inwiefern da WUB helfen kann.

WUB: Sie sagten, KDVer wären potentiell eine politische Kraft. Wie schätzen Sie die Situation aber real ein?

Schäufele: Real sind wir zur Zeit keine. Sie sehen ja, wenn irgendwo einmal zum Streik aufgerufen wird, dann sind das 3 000 oder 4 000 im ganzen Bundesgebiet, von ungefähr 65 000, die zur Zeit im Dienst sind. Wobei man um der Gerechtigkeit willen sagen muß, daß natürlich heute ein junger Mensch – und dafür habe ich Verständnis – oft Angst hat vor irgendwelchen Repressionen wegen der Beschäftigung hinterher. Ich kann natürlich leicht reden. Ich habe meine Beamtenpension, mir passiert nix. Aber es würde z. B. auch keinem ZDL etwas passieren, wenn er sich am Abend beim Schweigen für den Frieden beteiligen würde. Aber da ist bei uns überhaupt nie ein ZDL da – und es sind im Großraum Stuttgart schätzungsweise annähernd 1 000 ZDLs im Dienst. Das ist für mich ein Indiz. Wobei ich nochmal sagen will, daß ich die Sorgen und Ängste bezüglich der Arbeitsplätze sehr gut verstehe.

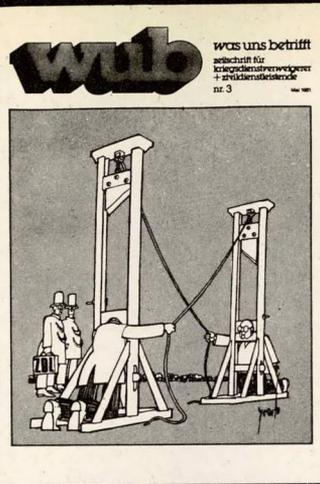
Aber unsere Aufgabe bleibt bestehen: Wir müssen dieses Instrument des Krieges abschaffen, wenn wir überleben wollen. Und „wir“, das sind eben auch wir. Die Herrschenden schaffen dieses Instrument nicht ab, denn die Herrschenden räumen sich immer eine Chance ein, entweder daran zu verdienen, oder mindestens zu überleben – im Atom-U-Boot unterm Eismeer oder sonstwo. Wir müssen dieses Instrument abschaffen und da gibt es hoffnungsvolle Zeichen. Aber ich fürchte, daß die Friedensbewegung, wie schon seit Jahren, an der KDV vorbeigeht, denn die KDV ist in der Friedensbewegung kein Thema. Und andersherum gehen die KDVer an der Friedensbewegung vorbei, weil sie sich nicht aktiv beteiligen. Es gibt ja heute ein breites Spektrum von berufsständischen Organisationen gegen den Krieg: Ärzte gegen den Krieg, Naturwissenschaftler, Architekten usw. Vielleicht sollte man eine Bewegung ins Leben rufen „KDVer gegen den Krieg“. Das klingt zwar lustig, aber vielleicht merkt dann mancher: es ist ein Unterschied, ob ich mich gegen den Krieg einsetze oder ob ich nur denke, daß ich mit Militär nichts zu tun haben will.

Resignativer Zeitgeist

WUB: Haben die KDVer von heute kein Problembewußtsein?

Schäufele: Ich denke, es fehlt bei vielen der Schwung, aus der Resignation aufzustehen und dagegen anzugehen. Ich sage das nicht als Vorwurf. Wer weiß, was ich als junger Mensch tun würde. Aber ich habe die große Befürchtung, daß viele aufgrund der Situation – 2 Millionen Arbeitslose usw. – und dem Glauben „machen kannst Du sowieso nichts“, dem resignativen Zeitgeist erliegen.

WUB: Wenn ich Sie, Herr Schäufele reden höre, dann habe ich den Eindruck, Sie selbst kennen diesen resignativen Zeitgeist nicht. Sie sind wohl als kirchlicher KDV-Beauftragter pensioniert, als Mitstreiter der Friedensbewegung sind Sie aber noch aktiv.



Oben: WUB Ausgabe Mai 1981
Unten: Mai 1982

Schäufele: Ich habe nicht resigniert und will es auch nicht. Ich sehe hoffnungsvolle Zeichen, aber nur wenig hoffnungsvolle Zeichen bei den KDVer. Das ist ein gewisser Frust. Aber in der Friedensbewegung bin ich nicht hoffnungslos.

Wissen Sie, ich sehe die Sache immer aus dem historischen Zusammenhang, daß ich selbst Kriegsfreiwilliger im 2. Weltkrieg war und daß hier doch so ein Umdenken – christlich gesagt eine Buss- e, eine Umkehr stattfinden kann. Bewußtseinsänderung geht leider und zum Glück nur sehr langsam. Leider, weil man eigentlich angesichts der Bedrohung diese Änderung ganz schnell haben müßte. Zum Glück, weil ich denke, es hat keinen Sinn, wenn Sie heute von mir umgedreht werden und morgen von einem Jugendoffizier.

WUB: Ich selbst habe Sie bei vielen Podiumsdiskussionen gesehen, im Fernsehen oder im Hörfunk bei Streitgesprächen erlebt, und immer wieder geht es doch – nach so vielen Jahren – um dasselbe Thema, und die Argumente der Gegenseite sind immer wieder dieselben. Ich frage mich da schon, woher Sie diesen Elan nehmen, um da weiterhin so engagiert dabei zu bleiben.

Schäufele: Ja nun, wenn Sie mir's abnehmen wollen und nicht als Phrase abtun, dann hat das natürlich schon mit meinem Glauben etwas zu tun. Ich hätte

meine Arbeit nie tun können, ohne meine Freunde in der kirchlichen Bruderschaft und ohne die Hoffnung, die aus dem Evangelium heraus lebt: ich sehe, daß Gott diese Welt nicht zur Preisgabe an die Vernichtung geschaffen hat, und daß er mich nicht dazu geschaffen hat, an dieser Preisgabe noch mitzuarbeiten bzw. mich da außen vor zu halten. Mein Leben ist mir gegeben, damit ich mich hier und jetzt ganz einsetze. Hier ist mir die Welt zur Verantwortung anvertraut und hier habe ich mich zu verantworten.

WUB: Ich habe bei Ihnen nie gespürt, daß Sie sich nach dem richten, was Politiker bisweilen recht lautstark von den Pfarrern fordern: daß sie nämlich ihren politischen Mund zu halten hätten und sich auf ihr eigentliches Handwerk besinnen sollten.

Schäufele: Das hängt wieder mit meinem Verständnis des Evangeliums zusammen. Hitler sagte ja auch zu Niemöller: „Die Sorge um das Reich überlassen Sie mir, und Sie sorgen sich für den Himmel, für die Spatzen.“ Und Niemöller sagte: „Von wegen.“ Das Reich Gottes ist eben kein jenseitiges, wie das lange Jahrhunderte in der Kirche gepredigt wurde. Das Reich Gottes will sich hier verwirklichen, d. h. Gott erhebt Anspruch auf seine Schöpfung. Er will diese Schöpfung erhalten haben, er will diese Schöpfung zu einem guten Ende bringen. Und ich bin da Gottes Mitarbeiter. Das ist meine Aufgabe hier. Ich kämpfe gegen die Individualisierung, Spiritualisierung, Versinnlichung, Verjenseitigung des Christentums. Ich will – als meine pädagogische Zielsetzung – die Menschen fragend machen. Wir Christen sollten viel mehr „frag-würdige“ Personen werden. Es sollte sich lohnen danach zu fragen: wieso macht der das, wieso denkt der so?

WUB: Herr Schäufele, zum Abschluß würde ich Sie gerne fragen: gibt es etwas, das Sie, als Gründervater der WUB, dieser Zeitschrift zu ihrem 15. Geburtstag mit auf den Weg geben wollten?

Schäufele: Also wenn Sie es nicht gegen Sie persönlich gerichtet verstehen wollen, dann würde ich sagen, ich wünsche mir, daß bei der WUB durch die zunehmende Professionalität – die sicher einfach notwendig ist – nicht die Beteiligung der ZDLs verloren geht. Daß es wieder ein Kommunikationsorgan ist, bei dem vielleicht professionelle Leute da sind, die aber bereit sind, was von den Lesern kommt an Fragen und an Beiträgen aufzunehmen. Nicht unkritisch, aber sozusagen die Initiative, die Mitarbeit der ZDLs versuchen zu gewinnen. Wie das zu machen ist, das weiß ich natürlich auch nicht. Aber das würde ich mir wünschen, daß es nicht so ein „Gemeindeblättle“ ist, von oben nach unten, sondern die Mitbeteiligung ermöglicht.

WUB: Das genau würde ich mir auch wünschen. Herr Schäufele, vielen Dank für dieses Gespräch.



Das Bundesamt macht Spaß

von ZDL Jens Flammann, Hannover

Da wunderte sich der Ministerialdirigent Dr. Steinwender aus dem Bundesfamilienministerium, als er während einer Dienstreise zufällig an der Hannoveraner Marktkirche vorbeikam! Dort war nämlich gerade die Kirchliche Woche mit einem Markt der Möglichkeiten im Gange. Und dieses Forum nutzte ein Dutzend Zivildienstleistender, um auf ihre Situation unter dem Motto „Die Sklaverei ist abgeschafft – es lebe der Zivildienst!“ aufmerksam zu machen.

In einem Flugblatt des BAZ (Bundesamt für die Ausleihe von Zivildienstleistenden) war zu lesen, daß die Bundesregierung in einem Modellversuch „die billigen Arbeitskräfte nun auch an die freie Wirtschaft und sogar Privathaushalte“ vergeben würde: „Entlassen Sie daher einfach Ihre Beschäftigten und sparen Sie durch die beschriebene Anmietung über 50% Ihrer Ausgaben im Personalbereich.“

Und dieses „Modell der Bundesregierung“ wurde von den Zivildienstleistenden denn auch gleich in die Tat umge-

Aus dem Brief des Bundesamtes an die mutmaßlich betroffenen Dienststellen:

setzt: Sie versteigerten als Sonderaktion alle halbe Stunde 10 ZDL und konnten Preise bis zu 15,90 DM pro versteigertem Zivi erzielen!

Und das eben war der Stein des Anstoßes für oben erwähnten Ministerialdirigenten. Wenige Wochen später verschickte das BAZ über die Verwaltungsstelle Briefe gewichtigen Inhaltes: (s. Kasten)

„Die gesamte Veranstaltung war eindeutig als Verhöhnung und Verächtlichmachung des Zivildienstes gedacht.“ Es folgte die Bitte, die der Schandtat verdächtigen Zivildienstleistenden „in geeigneter Form darauf hinzuweisen, daß solche Aktionen (...) nicht geduldet werden können.“

Aber dann stand da – erstaunlicherweise – noch was in dem Brief vom BAZ: „Die gesamte Veranstaltung ... wurde von den Passanten mit zustimmender Heiterkeit aufgenommen.“

Gut beobachtet, Herr Ministerialdirigent!

Bundesamt für den Zivildienst
Postfach 520 120
5000 Köln 51

Betr.: Beeinträchtigung des Ansehens des Zivildienstes
hier: Aktion am 25.6.86

Sehr geehrte Damen und Herren,
anlässlich einer Dienstreise von Herrn Ministerialdirigent Dr. Steinwender am 25.6.86 in Hannover stieß er vor der Marktkirche auf eine Gruppe von ZDL, die sich als Putzkolonne und als Hauskräfte an Interessierte versteigern ließ. Diese Aktion wurde durch Bekanntmachungstexte (s. Anlage) den Zuhörern erläutert. Die gesamte Veranstaltung war eindeutig als Verhöhnung und Verächtlichmachung des Zivildienstes gedacht und wurde von den Passanten mit zustimmender Heiterkeit aufgenommen.

Bei den Teilnehmern soll es sich um ZDL gehandelt haben, die zum SFD in Hannover gehören sollen.

Ich bitte Sie, die in Frage kommenden ZDS und die dort eingesetzten ZDL in geeigneter Form darauf hinzuweisen, daß solche Aktionen das Ansehen des Zivildienstes in der Öffentlichkeit herabsetzen und daher nicht geduldet werden können (§ 27 Abs. 2 ZDG).

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag ...

Die beiden Hauptgewinner des WUB-Rätsels Nr. 2/86 sind:

1. Preis: (H. Hesse, Toni Ruf, Ringstr. 7, 7901 Hüttisheim)
 2. Preis: (Koch, Entgiften, Ralph Sieder, Komburgstr. 6/1, 7118 Künzelsau)

Die Gewinner der WUB-Abos (3.-10. Preis) werden von uns schriftlich benachrichtigt. Herzlichen Glückwunsch und viel Spaß beim Lesen! (An alle, die im letzten Rätsel vergeblich die Nummern des Lösungsspruches suchten: wir entschuldigen uns dafür an dieser Stelle in aller Deutlichkeit!)

Lösungswort auf Postkarte schreiben und unter lesbare Absenderangabe an:

Redaktion WUB -
 Werner Schulz
 Rosenbergstr. 45
 7000 Stuttgart 1 schicken.

Einsendeschluß ist der 1. Februar 1987 (Poststempel)

Unter den richtigen Einsendungen werden (unter Ausschluß des Rechtsweges) folgende Preise verlost:

**1. Preis: Franz Kafka
 Werke in 7 Bänden
 (Gebunden!)**

**2. Preis: Hermann Vinke
 Gustav Heinemann**

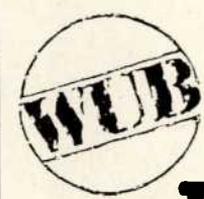
**3. Preis: Andreas Titzrath
 Aus dem Tagebuch
 eines ZDL**

**4.-10 Preis: Je ein WUB-Frei-Abo für
 das erste Jahr nach dem Zivildienst**

Lösung

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
11	12	13	14	15	16	17	18		
19	20	21							
22	23	24	25	26	27	28	29	30	

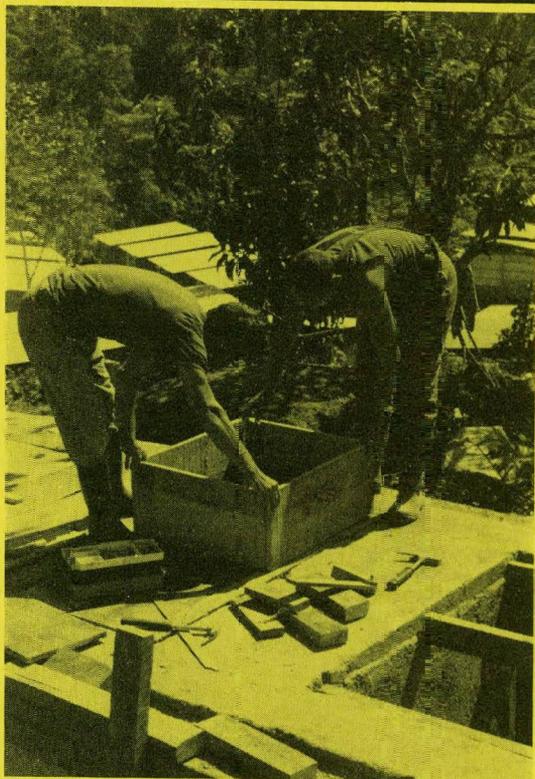
Was ich noch zu sagen hätte:

südafr. Politiker	Theologie in der „3. Welt“	nordafrik. Gebirgszug	Oel Schiff	17	Trinkgefäß	Ehrentitel	7	unbestimmter Artikel
Teildänemarks		nordeurop. Münze	Senke männl. Vorname	Einsiedler	sauber	Gandhis		
	14		24	Abk. für Dt. Reichsbahn	12			Gebetsform im Kloster
europ. Land	4			Schwung		15	lautes Geräusch	
Zeitungs-wesen	23			früheres Land in der DDR				5
franz.: Wein	10	Abk. für Teil der Bibel	© WUB	klassisches Züchtigungsmittel	3	dickes Seil		
4/86						engl.: Männer		
Erregung		israelit. Führergestalt				Abk. einer Fernsehinstitution	25	30
Abk. für große Gewerkschaft						Tierprodukt		
						engl.: mich		
						chem. Zeichen für Eisen		Augenblick
						engl.: wenn		
						schmal		
gr. Vorsilbe für „gleich-“	26	Abk. eines akadem. Titels	Bildungsstätte	inneres Organ		Abk. für Friedensinitiative	Kfz-Kz. f. Uetzen	20
Kfz-Kz. für Traunstein		franz.: nichts	Kfz-Kz. Bad Segeberg	licht		Sprengstoffreinheit	Gerät zur Messung der Radioaktivität	
Mächtausübung								
chem. Zeichen für Eisen	11	Schiffsteil	29	Erkennungszeichen von Verheirateten	27		9	
				Funkmaß-technik				
Kellner				süddt. Stadt	13	Tiergehege		
latein.: Mond				Kfz-Kz. Landsberg am Lech		Kartenspiel	Kfz-Kz. Göppingen	
anziehende Strömung				mittelöstl. Land				Haltung, die militär. Gewalt ablehnt
		bestimmter Artikel				Abk. für Selbstorganisation	chem. Zeichen für Rhenium	
		Geheimnis						
umkämpftes mittelamerik. Land		sellen		männl. Vorname		asiat. Land		18
		Begaubung		22			metallhaltiges Mineral	
Lebensbund			rein, nach Abzug				Kfz-Kz. Warendorf	8
Planet	Teil der Bibel	2	asiat. Land	franz.: mich	21	Nat.-Kz. für Norwegen	Ort in der Schweiz	engl.: unser
	kleinste Teile							
				engl.: für				
						organ. Entwicklungsvorgang		16
Fußbekleidung			Abk. f. Europäische Gemeinschaft	19	Flächenmaß		Abk. für Leichtmetall	
europ. Hauptstadt							Kfz-Kz. Neu-Ulm	
Kfz-Kz. Memmingen		Ägypt. Sonnengott		engl.: es			unverbraucht	
Abk. f. Ev. AG zur Betreuung der KdVer	28	1	Schöpfer				männl. Vorname	

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!

THEMA

PAZIFISMUS (k)ein Thema für die „DRITTE WELT“?



Zwei Ulmer beim Bau eines Trinkwasserspeichers in Nicaragua

Rückrufaktion für KDVer

Weil sie als Aufbauhelfer in Nicaragua Waffen trugen, wurden 3 KDVer vor die Ausschüsse zurückgerufen. Entscheidung in den ersten beiden Fällen: Anerkennung bleibt bestehen.

Die „Sonntag aktuell“ war da, der Süddeutsche Rundfunk und Report München waren da – und jetzt auch noch WUB. Eine derartige multimediale Neugier an KDVer ist – WUB natürlich ausgenommen – ungewöhnlich. Das Interesse gilt 3 jungen Ulmern, die im Frühjahr '86 als Brigadisten in Nicaragua arbeiteten. Eine Journalistin der Zeitung „Sonntag aktuell“ hatte das Aufbauprojekt im Norden Nicaraguas, nahe der Grenze zu Honduras, besucht und dort bundesdeutsche KDVer getroffen. Die haben ihr erzählt, daß auch sie sich zum Schutz vor den nächtlichen Angriffen der Contras mit der Waffe an den Nachtwachen beteiligten.

Im April dann kamen die Schlagzeilen von den „KDVer mit Kalaschnikow“ in hiesige Zeitungen. CDU-Abgeordnete sahen einen Skandal und Peter Hintze, der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, ist immer noch empört.

Denn: die Prüfungsausschüsse, inzwischen wieder aktiv geworden, haben im Oktober in zwei Fällen – nach sechsstündigen Verhandlungen! – auf Notwehr entschieden. Die KDVer bleiben anerkannt. Wie lange noch ist allerdings fraglich. Schon vor der Entscheidung der Ausschüsse hat nämlich Hintze mehrfach betont, daß er in dieser Sache eine höchstrichterliche Entscheidung will.

Werner Schulz hat mit den beiden Schreinerlehrlingen Joachim Schraivogel und Willy Manz nach ihrer Anerkennungsbestätigung gesprochen.

WUB: Woher kam Euer Entschluß, nach Nicaragua zu gehen und dort unentgeltlich als Aufbauhelfer zu arbeiten?

Joachim: Im Frühjahr kamen zwei Ulmer aus dieser Region in Nicaragua zurück und erzählten über das Land. Wir

wollten nun einmal selber rüber und das Land kennenlernen. Und wir hatten bezüglich Nicaragua gewisse Zweifel, wie das mit der Revolution tatsächlich gelaufen ist. Wir wollten uns darüber unser eigenes Urteil bilden.

WUB: Was habt ihr konkret gearbeitet?
Willi: Wir haben einen Trinkwasserspeicher gebaut. Das war ein Wasserbehälter mit zwei Kammern von je 13 Kubikmetern Speicherkapazität.

WUB: Wie war denn nun das mit der „Knarre“. Es heißt in der Presse, Ihr hättet Euch ausbilden lassen an der Kalaschnikow und täglich mit dem Gewehr um den Hals gearbeitet.

Joachim: Das stimmt so nicht. Wir wußten, als wir rüber sind, daß das ein Spannungsgebiet ist...

WUB: Das wußtet Ihr schon vorher?

Joachim: Das war uns klar. Das Info-Büro in Wuppertal, wo wir uns beworben hatten, hat uns informiert und uns eine Projektauswahl zugeschickt. Wir haben uns für das Pantasma-Projekt entschieden, weil dort schon zwei Ulmer waren und weil wir hier in Ulm mit der dortigen Bezirkshauptstadt eine Städtepartnerschaft aufbauen wollten. Da war klar, daß das Krisengebiet ist und es sehr viele Überfälle von der Contra gibt. Man muß sich also mit der Frage der Bewaffnung schon vorher auseinandersetzen, bevor man dort rüber geht. ▶



WUB: Und das habt Ihr getan?

Joachim: Das haben wir gemacht. Die Arbeitsvorbereitungen haben darunter auch gelitten, denn diese Diskussion stand absolut im Vordergrund, weil wir alle KDVer waren ...

Willi: ... und weil wir uns die Situation dort unten gar nicht recht vorstellen konnten. Und dann haben wir ausgemacht, daß jeder für sich entscheiden muß, ob und in welcher Situation er eine Waffe in die Hand nimmt.

Joachim: D. h. also, wir sind rüber gefahren und haben keine Entscheidung gefällt, sondern gesagt: wir warten erst noch einmal ab, wie die Situation dort wirklich ist. Keiner konnte sich tatsächlich vorstellen, was das eigentlich heißt: Krieg.

WUB: Und es gab niemanden, der sagte: bevor ich in ein Gebiet gehe, in dem es sehr wahrscheinlich ist, daß ich ein Gewehr nehmen muß, gehe ich lieber woanders hin oder bleibe zu Hause?

Willi: Für uns war das ganz klar, daß wir rüber gehen, um mit dem Trinkwasserspeicher den Leuten zu helfen. Und für uns war auch klar, daß wir hier in Deutschland keine Waffe in die Hand nehmen würden. Das vermisste ich auch in der gesamten Presse: es kommt nur die Sache mit den Waffen raus und nicht, daß wir das Projekt machen wollten. Aber das war der Grund, warum wir rüber sind.

WUB: Und wie war das mit der Ausbildung am Gewehr?

Joachim: Das war einfach so: gleich nach unserer Ankunft gab es in der Nähe nachts Schießereien. Daraufhin fing bei uns dann die Diskussion an. Die Situation war ziemlich brenzlich. Es waren Granatwerfer im Einsatz und das MG-Feuer hast du jede Nacht gehört. Schließlich haben wir uns dann entschlossen, uns eine Waffe geben zu lassen und dann halt auch eine Einweisung, denn sonst taugt die Waffe ja nichts. Keiner von uns war jemals vorher mit so einem Ding konfrontiert. Man hatte die Waffe in der Hand und wußte nicht, wie man damit umgeht.

WUB: Was ist das für ein Gefühl, wenn man zum ersten Mal im Leben so ein scharf geladenes Gewehr in der Hand hält?

Willi: Beschissen ganz einfach.

WUB: Kannst Du das näher beschreiben?

Willi: Mein Gefühl war zum einen, eine Sicherheit für mein eigenes Leben zu haben, und zum anderen aber, gleichzeitig damit verbunden, die Vorstellung, daß das eigentlich ein Mordinstrument ist, was ich da in der Hand halte, eine Maschine, mit der man Menschen tötet. Und dann ist das in dem Augenblick schon ein blödes Gefühl, sowas in den Händen zu tragen. - Weil eine Waffe soviel kaputt machen kann.

Joachim: Ich hab das noch im Kopf, diesen Eindruck: wir haben eine Schieß-

übung gemacht - und da war's hinterher sehr ruhig in der Gruppe. Das ist nicht so wie auf dem Volksfest, wo du auf Plastikrosen schießt. Du hast das Ding in der Hand, und du weißt genau, daß du das alles machst, um es vielleicht irgendwann auch benützen zu müssen. Es ist einfach brutal, wenn da so ein Feuerstoß rauskommt.

Da gab's dann hinterher auch wieder eine heiße Diskussion, ob das jetzt notwendig ist, daß man das macht oder nicht. Wir sind aber zu keinem Ergebnis gekommen. Und dann, nach eineinhalb Wochen, gab es diesen Anlaß, bei dem wir uns dann entschlossen haben, eine Nachtwache zu machen. Tagsüber, bei der Arbeit, haben wir nie eine Waffe gehabt.

WUB: Was war das für ein Anlaß?

Joachim: Das war so: es waren 9 Leute im Dorf, mittags um 12 Uhr, als man uns einen Contra-Trupp meldete. Ca. 200 Mann mit schweren Waffen bewegten sich auf unser Dorf zu. Daraufhin war im Dorf Panik. Die Menschen, die in diesem Dorf leben sind bereits zweimal vor den Contras geflüchtet und haben beidesmal alles zurückgelassen. Die wußten, mit wem sie's zu tun hatten und waren echt total in Panik. Sie sagten uns, wir sollten das Nötigste zusammenpacken und uns bereithalten. Und da haben wir erfahren, daß im Dorf ganze 9 Leute sind, meist noch Jugendliche. Der Rest war auf dem Feld bei der Maisernte, ungefähr 10 km entfernt.

WUB: Wieviele Menschen leben dort insgesamt?

Willi: Etwa 100 Personen, davon 20 Männer. Es waren sehr viele Frauen und Kinder, die Familien dort haben sehr viele Kinder.

Joachim: Wir haben also gesehen, daß nur 9 Leute da waren. Nach eineinhalb Wochen im Dorf war zu den Menschen ein gutes Verhältnis da, die Leute haben uns unheimlich freundlich empfangen, wir haben Kinderfeste mitgefeiert und hatten einfach gute Kontakte. Da war klar, daß wir sagten: wir können die jetzt nicht einfach im Stich lassen. Ein bißchen können wir mit diesen Dingen umgehen, dann werden wir also das Dorf auch mitverteidigen, wenn so wenig Leute da sind. Der Angriff hat dann aber zum Glück nicht stattgefunden.

WUB: Wie lange seid Ihr insgesamt im Dorf gewesen?

Joachim: Sieben Wochen.

WUB: Gab es da einmal einen Zeitpunkt, an dem Ihr dachtet: jetzt habe ich eigentlich genug, jetzt reicht's mir?

Willi: Das war so, als die 200 Contras in unserer Nähe vorbeimarschiert sind.

WUB: Da wärst Du lieber abgehauen?

Willi: Also Impulse in der Richtung waren schon da. Aber du erlebst dann auch wieder, wie freundlich dich die Menschen aufnehmen. Und dann: es waren ja nur 9 Verteidiger im Dorf, 17-, 18jährige, und Frauen und Kinder total im Stich

Kommentar

von Günter Knebel, Bremen

Glaubwürdigkeitswunden

Wer als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen jedem Kriegsdienst mit der Waffe seine Unterstützung entzogen hat, wird unglaublich, wenn er - wo und unter welchen Umständen auch immer - wohlüberlegt eine Waffe zur Hand genommen hat und anschließend erklärt: „Im Ernstfall hätte ich auch scharf geschossen!“

Zur Klarstellung, nicht nur für Sportschützen und Jäger: Gemeint ist das Schießen auf und ggf. Verletzen oder Töten von Menschen.

Ort, Umstände und Situation für den Griff nach der Waffe mögen mehr oder weniger einleuchtend sein - dem Anspruch eines Kriegsdienstverweigerers, Konflikte eben nicht mit Gewalt, sondern mit geistigen Waffen, also gewaltfrei anzugehen, wird er nicht gerecht. Denn im Kleinen wie im Großen: Gewaltverzicht, der nicht durchgehalten wird, ist wenig überzeugend.

Um das Gewissen über den Rückfall zur primitiven Gewalt zu beruhigen, bleibt höchstens die dennoch nicht unproblematische Berufung auf die noch nicht überwundene Gewaltanwendung in der „noch nicht erlösten Welt“: Gewaltanwendung in Notwehr gegen angreifende Gewalttäter ist erlaubt, manchmal sogar geboten! Können zusätzlich noch Widersprüchlichkeiten (= Unglaubwürdigkeiten) der ansonsten kritisierten Rechtsprechung aufgezeigt oder sogar zu Argumenten umgemünzt werden, dann scheint die Glaubwürdigkeit vor der Welt (fast) wiederhergestellt. Fast, Gewissensbisse sollten bleiben. - Diejenigen aber, u. a. Rüstungslobbyisten, die mit dem Finger auf Glaubwürdigkeitswunden bei Kriegsdienstverweigerern meinen zeigen zu müssen, obwohl sie selbst * eine ihnen geboten scheinende militärische Gewaltanwendung befürworten oder rechtfertigen und anderen dies vorwerfen,

* die ernststen Wissensfragen Einzelner aufbauschen, um sich damit im Wahlkreis zu profilieren oder um an anderer Stelle politisches Kapital daraus zu schlagen,

* genau wissen, daß sie einzelne spezielle Ausnahmefälle verallgemeinern, um damit eine ganze Gruppe zu denunzieren, oder

* vom Anspruch „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ reden, aber gleichzeitig schon heute gewaltstrotzende Rüstungsprogramme beschließen, die das Wettrüsten bis ins nächste Jahrtausend fortsetzen,

sollten wissen, daß bekanntlich vier Finger auf sie selbst zurückweisen.

Das Bibelwort „Du Heuchler, zieh zuerst den Balken aus Deinem Auge, danach siehe zu, wie Du den Splitter aus dem Auge Deines Bruders ziehst!“ (Matthäus 7,5) fällt mir zu einigen so scheinheiligen wie publicity-trächtigen Anfragen betreffend Glaubwürdigkeit ein.

Es gilt für uns alle.



Nicaragua 81
abgeschossener Panzer der Somozisten im Zentrum von Managua

Foto: M. Storz

lassen – ich hätte mich da noch schlechter gefühlt.

WUB: Da Ihr ja nun KDVer seid hat Euer Verhalten einigermaßen Aufsehen in der Presse erregt, auch wenn über die Hintergründe meist nur wenig bekannt wurde. In einem Zeitungskommentar war zu lesen, man müsse Euch die Anerkennung als KDVer absprechen, weil Ihr das Prinzip der Gewaltfreiheit, das man von KDVer verlangt, nicht mehr anerkennen würdet. Da muß ich nun zunächst einmal fragen: war Gewaltfreiheit je ein Prinzip für Euch? Fühlt Ihr Euch mit der Idee der Gewaltfreiheit prinzipiell verbunden oder ist das für Euch von der jeweiligen Situation abhängig?

Joachim: Das ist eine schwierige Frage. Als ich verweigert habe, da habe ich mich als Pazifist bezeichnet, über Gandhi viel gelesen, über Soziale Verteidigung usw. Es war für mich ein Prinzip, Konflikte immer gewaltfrei zu lösen. Aber die Verweigerung war für mich insgesamt der Einstieg in eine politische Arbeit und in ein politisches Denken. Und durch die Beschäftigung mit der Dritten Welt kam ich drauf, daß es Situationen gibt, in denen sich Menschen gewaltfrei nicht mehr wehren können, wenn sie ihre Situation verändern wollen. Gewaltfrei haben die oft keine andere Wahl, als eben zu sterben. Aber die Situation verändern können sie so nicht. Und gerade in Lateinamerika sind die Situationen oft so, daß es keine anderen Möglichkeiten für die Menschen mehr gibt. Wenn man das menschenverachtende Somoza-Regime anschaut, das ja diesen blutigen Aufstand ausgelöst hat, dann muß ich sagen, ich hätte wohl genauso gehandelt, wenn ich dort gelebt hätte, auch mit dem Risiko, selber dabei drauf zu gehen. Das heißt aber nicht, daß ich jetzt sage: gut, Konflikte muß man mit Gewalt lösen. Für mich ist das eine Sache, die situationsabhängig ist. Gewalt sollte nur als letztes Mittel dienen, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Wobei ich mich z. B. strikt weigern würde, in irgendeine Armee zu gehen, weil eine Armee für mich noch

ganz andere Aufgaben hat. In Nicaragua waren wir in einer konkreten persönlichen Bedrohung, die uns dazu zwang, unser Leben zu verteidigen – also Notwehr, was uns ja auch so vom Ausschuß anerkannt worden ist.

WUB: Du würdest also auch in keine nicaraguanische Armee eintreten?

Joachim: Nein.

WUB: Wo ist da für Dich der Unterschied zu jener Form der bewaffneten Verteidigung, zu der Ihr Euch entschlossen hattet?

Joachim: Eine Armee hat ja noch eine andere Aufgabe. Auch wenn immer behauptet wird, sie sei nur zur Verteidigung da – eine Armee kann jederzeit auch einen Angriff durchführen. Und das habe ich als einfacher Soldat nicht mehr in der Hand. Da wird mir ein Befehl vorgesetzt, und dem muß ich folgen. Dort in Nicaragua gab uns niemand einen Befehl. Wir konnten über unser Verhalten diskutieren und wir wußten, man verteidigt eigentlich nur sich selbst, sein eigenes Leben, mehr nicht. Wir waren drüben in Nicaragua um zu arbeiten und nicht um die Revolution mit der Waffe zu verteidigen. Es ist auch nicht unsere Sache, irgendwelche Staatsinteressen zu verteidigen, sondern es ist allein unsere Sache, unser eigenes Leben zu verteidigen.

WUB: Gibt es in Nicaragua ein Recht auf KDVer?

Joachim: Gibt es nicht.

WUB: Was passiert mit denen, die der Wehrpflicht nicht Folge leisten?

Joachim: Die Wehrpflicht ist erst 1983 eingeführt worden, weil die Übergriffe der Contras enorm zugenommen haben. Mit Einführung der Wehrpflicht sind ziemlich viele junge Nicaraguaner aus dem Land geflohen, weil sie da nicht mitmachen konnten. Was jetzt mit denen passiert, die heute verweigern, das weiß ich nicht.

WUB: Nachdem Ihr jetzt wieder nach Hause zurückgekehrt seid kam durch einen Zeitungsartikel die Diskussion „KDVer und Kalaschnikow“ ins Rollen. Hattet Ihr keine Angst, daß Eure Offenheit gegenüber der Presse diesen Rat-

tenschwanz mit den erneuten Anerkennungsverfahren nach sich zieht?

Willi: Wir wollten unsere Situation auch hier unter den KDVer in die Diskussion bringen. Wir hätten allerdings nie geglaubt, daß die Anerkennungs-geschichte jetzt wieder von vorne anfängt.

WUB: Habt Ihr überhaupt gewußt, daß es die Möglichkeit der Anerkennungs-Absprechung gibt?

Joachim und Willi: Nein.

Joachim: Für uns stellt sich eben die Frage, inwieweit dieser Staat überhaupt berechtigt ist, unsere moralische Einstellung und unser Gewissen prüfen zu lassen. Warum kann ein Soldat einfach Soldat werden? Da fragt keiner, warum einer das werden will. Aber wir, wir sollen uns unser Leben lang vor dieser Regierung verantworten, die letztlich auch mitverantwortlich ist dafür, daß es solche Kriege gibt. Dieses Recht nimmt man sich heraus und wir sprechen denen dieses Recht eindeutig ab.

WUB: Was war für diesen Ausschuß die wichtigste Fragestellung?

Willi: Ganz grob kann man sagen, daß für den Ausschuß die Notwehrsituation das Wichtigste war. Die Situation also, in der wir uns durch die anrückenden Contras bedroht fühlten.

WUB: Der springende Punkt ist doch, daß Ihr bewußt in ein Krisengebiet gegangen seid. Wie konntet Ihr dem Ausschuß klarmachen, daß das nicht automatisch eine Absage an Eure Grundsätze als KDVer bedeutet?

Joachim: Zum einen garantiert natürlich auch uns KDVer das Grundgesetz das Recht auf Freizügigkeit, es sei denn, man würde ständig so etwas herausfordern, also ständig in solche Gebiete reisen. Mein Rechtsanwalt hat zu Recht den Vorsitzenden gefragt: Wollen Sie denn verlangen, daß KDVer die halbe Welt aus ihrem Reiseprogramm streichen, nur weil es überall Krisengebiete gibt?

Zum anderen war uns klar, daß der Norden Nicaraguas unsere Hilfe am notwendigsten braucht.

Und bis zu dem Zeitpunkt, als wir dorthin gegangen sind, ging man davon aus, daß Ausländer nicht angegriffen werden.

WUB: Der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Peter Hintze, begründete mir gegenüber in Bonn sein Engagement für Eure Aberkennung damit, daß durch Euer Verhalten das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der deutschen Kriegsdienstverweigerer Schaden nehmen würde.

Willi: Ich habe das gerade andersrum erlebt: unsere Geschichte muntert auf zur KDVer. Ich bin inzwischen sehr oft gefragt worden, wie das heute mit der KDVer geht.

Joachim: Bei uns in der Klasse hat es sehr viele interessiert, wie diese 2. Verhandlung gelaufen ist und es sind gleich

Fortsetzung auf Seite 20

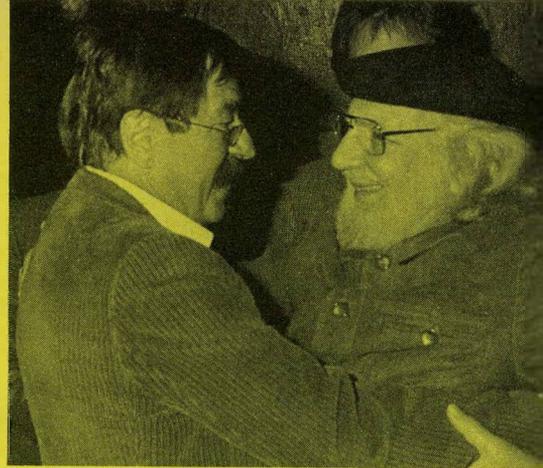
Nicaragua 1977. Der Bürgerkrieg zwischen der Nationalgarde des Diktators Anastasio Somoza und der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) tritt in seine entscheidende Phase.

Den Soldaten des Diktatorenregimes gilt jede Opposition als kommunistisch, die katholische Kirche eingeschlossen.

Auch der angesehene Dichter und Priester Ernesto Cardenal wird mit seiner Basisgemeinde von Solentiname Opfer der Repression. Er taucht im Nachbarland Costa Rica unter. In seinem Brief „An das Volk Nicaraguas“ spricht er sich zum ersten Mal deutlich für den bewaffneten Guerillakampf aus.

Ein Pazifist und Jesuitenpriester, der US-Amerikaner Daniel Berrigan, seit Jahren befreundet mit Cardenal, reagiert mit einem Offenen Brief an seinen „lieben Bruder Ernesto Cardenal“, der unserer Ansicht nach bisher zu wenig Beachtung fand.

Auch wir - in der Welt der Satten - können uns nicht aus dem Streit um den Befreiungskampf heraushalten.



Ernesto Cardenal trifft Günter Grass in Hamburg (9.10.1985)
Foto: dpa

Der Kampf der leeren Hände

Ernesto Cardenal und Daniel Berrigan – zwei Revolutionäre im Streit um den Befreiungskampf

Von Matthias Vomstein, Freiburg

Nicaragua - eine befreite Insel im Meer mittelamerikanischer Diktaturen und feudalistischer Agrarstaaten?

Im achten Jahr seit dem Sieg über die Herrschaft des Somoza-Clans ist der Sieg nicht sicher, die Freiheit des nicaraguanischen Volkes bedroht. Die Ansprüche der Revolution bleiben vielfach uneingelöst (weil nach der Mittelamerikapolitik der USA in ihrem „Hinterhof“ nicht sein kann, was nicht sein darf: Sozialismus; „zweites Kuba ...“). Die investierten Hoffnungen so vieler Solidaritätsgruppen auf das Experiment zwischen Kapitalismus und Kommunismus konnten sich nicht erfüllen.

Zu erfüllen scheint sich dagegen die These, daß ein politisches System so viel Gewalt enthält, wie zur siegreichen Etablierung dieses Systems angewandt wurde.

Diese These weist zurück auf die (Vor-)Geschichte dieses Sieges der Frente Sandinista (FSLN). Dazu gehört die 1977/78 völlig unspektakulär verlaufene Kontroverse zwischen Ernesto Cardenal in Nicaragua und dem Pazifisten Daniel Berrigan in den USA (siehe Kurzbeschr. der beiden Personen oben).

Zu den Waffen greifen aus Liebe zum Reich Gottes

In seinem Brief „An das Volk Nicaraguas“ hatte Cardenal 1977 geschrieben: „Zu Anfang war uns eine Revolution mit gewaltlosen Kampfmethoden lieber (obwohl uns das traditionelle kirchliche Prinzip des gerechten Krieges ... nicht unbekannt war). Aber später wurde uns klar, daß in Nicaragua derzeit der gewaltlose Kampf kein gangbarer Weg ist.“ Und er behauptet sogar: „Selbst Gandhi wäre mit uns einer Meinung.“

Was Cardenal und den Menschen in seiner Basisgemeinde in Solentiname so auf den Nägeln brennt, ist nichts Geringeres als der Kern der Botschaft Jesu, das Reich Gottes: „... die Errichtung einer gerechten Gesellschaft auf Erden, ohne Ausbeuter und Ausgebeutete, mit allen Gütern als gemeinsamem Besitz, wie die ersten Christen lebten.“ Der Priester beschreibt, wie junge Frauen und Männer aus Solentiname eines Tages selbst zu den Waffen griffen, „allein aus ihrer Liebe zum Reich Gottes.“

Die

„Lehre vom gerechten Krieg“ auf der Seite der Guerilla

In seinem Offenen Brief an den Mitbruder im Priesteramt ist Berrigan von vornherein nicht so anmaßend, irgendeine Beurteilung über den Schritt seines Freundes zur FSLN abzugeben. „Ich denke an die Folgen Deines Entschlusses in Nicaragua und anderswo.“ Cardenal webte in den Augen Berrigans einen weiteren Faden in das Netz der Gewalt, in das das Vorbild, der Priester und Dichter Cardenal „viele andere hineinzieht“.

Dabei sieht Berrigan ganz nüchtern die Ohnmacht der Menschen angesichts der Arroganz der Mächtigen: „Die Maus (FSLN) im Hund (Somozadiktatur) in der Riesenschlange (US-Militärmacht)“. Diese Relationen spiegeln die Wahrheit des Evangeliums wider, die lautet: „Unsere Menschlichkeit steht auf dem Spiel, unser Gefühl für einander, unser Mitleid, kurz unsere Menschenwürde.“

Cardenal und Berrigan - beide sind Visionäre, die den Traum einer gerechten Welt hüten, nach dem Reich Gottes trachten. Aber: An ein Reich Gottes mit Waffen kann der nordamerikanische gewaltfreie Kämpfer nicht glauben.

Ernesto Cardenal

Geboren 1925; nach Studien in Mexiko und USA tritt er dort in den asketischen Orden der Trappisten ein, wo er als Novize unter dem Einfluß des Dichters und Pazifisten Thomas Merton steht. Diese Beziehung bleibt prägend für Cardenal, der den Orden nach zwei Jahren wieder verläßt.

1965 zum Priester geweiht, gründet er auf der Inselgruppe Solentiname eine christliche Kommunität und mit den Indios eine bäuerliche Genossenschaft. Von Anfang an steht der Dichter und Priester in Opposition zum Somoza-Regime, das Nicaragua seit 1933 als seinen „Familienbesitz“ betrachtet. 1977 macht die Guardia Nacional Somozas alle Einrichtungen der Kommunität von Solentiname dem Erdboden gleich. Im selben Jahr entscheidet sich Cardenal, die bewaffnete sandinistische Guerilla (FSLN) politisch zu unterstützen und taucht in Costa Rica unter. Seit dem Sturz Somozas im Juli 1979 ist Cardenal Kulturminister von Nicaragua.

Daß der Freund in Nicaragua noch dazu gar die theologisch überholte „Lehre vom gerechten Krieg“ bemüht, erfüllt Berrigan mit bitterer Ironie: „Wir haben 'gerechte' Kriege der Rechten gehabt, eine lange Geschichte von Blut“, dem Blut von Kolonialvölkern, Sklaven, Arbeitern und Bauern. „Jetzt sind wir erleuchtet. Jetzt werden wir 'gerechte' Kriege der Linken haben!“

Unter der Kreuzzugsparole „Gott mit uns!“ wird die schnelle Lösung aus allen Gewaltverhältnissen versprochen, und nicht zuletzt die Lösung des Dilemmas zwischen Gewalt und dem Anspruch (christlicher) Gewaltlosigkeit. Der Zimmermannssohn aus Nazareth, dieser unmögliche Verlierer, „diese absurde Gestalt, schauernd unter den rauhen Winden der Gewalt, muß annehmbar gemacht werden“ für die ungeduldigen Revolutionäre: „Man malt ihm ein Gewehr in seine leeren Hände. Jetzt ist er wie wir.“

Berrigan beharrt auf dem Letzten, was jedem Menschen noch bleibt: Die Freiheit der Weigerung, die Waffen auf unsere Schwestern und Brüder zu richten, und die Zurückweisung der Feindbilder, die uns von kriegmachenden Staaten und waffensegnenden Kirchen aufgedrängt werden. Denn, so sagt der Pazifist einmal an anderer Stelle: „Zur Waffe greifen heißt sich der Wahl der Waffen berauben.“

Wo kämpfen wir selbst?

Es wäre arrogant und verlogen, wollten wir uns zu „Ratgebern“ der Unterdrückten aufschwingen. Wenn wir den Blick auf die Zwei-Drittel-Welt des Hungers richten, dann muß uns zuerst klar sein: wir schauen aus der Perspektive des Drittels der Satten.



Pater Daniel Berrigan (rechts) und sein Bruder Pater Philip Berrigan bei der Verbrennungsaktion von Cantonsville am 17. Mai 1968.
Foto: UPI

Daniel Berrigan

Geboren 1921; mit 18 Eintritt in den Jesuitenorden. In den 50er Jahren soziale Arbeit mit Unterprivilegierten in USA und Mittelamerika.

Seit 1964 verurteilt er öffentlich den US-Krieg in Vietnam, worauf er für einige Monate nach Lateinamerika strafversetzt wird.

Als einer der „Neun von Catonsville“ (1) verbrennt er in einer Zeichenhandlung Hunderte von Einberufungsakten von Vietnam-Rekruten mit selbstgefertigtem Napalm.

Weitere gewaltfreie Aktionen – und immer wieder: Verhaftung, Verurteilung, Gefängnis.

Eine der spektakulärsten gewaltfreien Aktionen führt Berrigan in der „Pflugschar-Acht“-Gruppe (2) durch, die am 9. September 1980 in eine Fabrikhalle von General Electric in King of Prussia eindringt und mit Hämmern zwei Atomsprenköpfe abrüstet sowie Konstruktionspläne für neue Waffen mit zuvor abgezapftem Blut unbrauchbar macht.

Über den Trappistenmönch Thomas Merton ist er mit Ernesto Cardenal befreundet.

- 1) Berrigan hielt später den Prozeß gegen die „Neun von Catonsville“ in einem Theaterstück fest
- 2) Der Name leitet sich von Jesaja 2,4 und Micha 4,3 her

Es kann nicht darum gehen, daß wir mit den vollen Händen urteilen, unter welchen Bedingungen die Menschen mit den leeren Händen die Waffen ergreifen oder besser darauf verzichten sollten. Denn revolutionäre Gewalt als unmoralisch oder gar unchristlich zurückzuweisen, ist das eine. Das andere ist, ob wir (Christen) bereit sind, uns immer weit genug in die Breschen des politischen Kampfes zu werfen, um damit die Bedingungen zu beseitigen, die eine Revolution begünstigen. Und das fängt bei uns selber an! Ahnen wir denn nicht, daß jedes Grundrecht und jede verbrieftete Freiheit, die wir *nicht* wahrnehmen, den Unterdrückten, die immer nur ohne Genehmigung auf die Straße gehen können, fehlen. Unseren Aufruf: „Ergreift die Gewehre! Befreit euch!“ könnten sie so beantworten: „Wenn euch eure eigene Freiheit nicht ein bißchen Zivilcourage und Engagement wert ist, wie wollt ihr euch dann um unsere kümmern?“

Gewaltfreier Kampf – Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln

Wer sich mit der Frage: gewaltsame oder gewaltfreie Revolution auseinandersetzt, kommt nicht daran vorbei, sich in Sachen „Gewaltfreiheit“ kundig zu machen. Dabei sind weltweit Namen zu nennen, Menschen, die so viel beigetragen haben zu einer „Kultur des Kampfes“, in der auch der Gegner seine Menschenwürde behält: D. Dolci (Italien), C. Chavez (USA), O. Romero (El Salvador), M. Gandhi (Indien), Lanza del Vasto (Frankreich), M. L. King (USA), A. Perez Esquivel (Argentinien), H. D. Thoreau (USA), A. J. Luthuli, W. u. N. Mandela (Südafrika), die Mütter der Verschwundenen, die vielen Unbekann-

ten, die inmitten von Diktaturen neue Räume des Zusammenlebens und andere Formen von Politik und Kultur entwickeln und vorwegnehmen – oft genug bedroht und gemordet.

Der gewaltfreie Kampf ist viel zu wenig bekannt. Dies führt u. a. zu dem klassischen Mißverständnis, Gewaltfreiheit mit Passivität zu verwechseln. (Wer einmal gewaltfrei agiert hat, hat am eigenen Leib die physische und psychische Aktivität erfahren, die von ihr/ihm gefordert war.)

Freilich, der gewaltfreie Kampf ist mühsame Basisarbeit, ist der lange Marsch zum Frieden. Die Tugend der „revolutionären Geduld“ (Berrigan) ist gefordert.

Der Friedensnobelpreisträger Adolfo Perez Esquivel hatte zurecht darauf verwiesen, daß der Sieg der Sandinisten nicht allein und zuerst der militärisch operierenden Guerilla zuzuschreiben war. Esquivel stellt vielmehr in Rechnung, daß die FSLN jahrelang mit Sozialprogrammen, Genossenschafts- und Bildungsarbeit (Alphabetisierung) sich *politisch* in der breiten Bevölkerung so verwurzelte, daß sie zur wichtigsten oppositionellen Kraft im Lande werden konnte.

Nehmen wir von solchen Dingen deshalb keine Notiz oder wischen sie gar verächtlich beiseite, weil sie nicht spektakulär genug sind und/oder uns zu sehr mit unserer eigenen (den Autor eingeschlossen) Mut- und Phantasielosigkeit konfrontieren?

Die Überschreitung des Gesetzes aus Gewissens- gründen

Seit Gandhis Befreiungskampf ist wesentlicher Bestandteil *jeder* gewaltfreien

Aktion die Einheit von Mittel und Ziel.

Das bedeutet, keiner Gesellschaft kann der Guerillero mit der Waffe zum Bewußtseinsbildungsprozeß „verhelfen“, zur Alphabetisierung also im weiteren Sinne. Vielmehr ist diese Alphabetisierung selbst Methode der gewaltfreien Politik und des Kampfes, und nimmt so das er- und des Kampfes, und nimmt so das erstrebte Ziel im Handeln vorweg. Daß dabei sehr schnell die Grenzen des Legalen (Versammlungsverbot in einer Diktatur) überschritten werden, führt unweigerlich dazu, daß „die Überschreitung des Gesetzes eine Funktion des Gewissens“ wird (wie Berrigan aus eigener Erfahrung weiß). Der gewaltfreie Kampf unterliegt immer moralischen Regeln. Dies hatte zum ersten Mal der Vater des zivilen Ungehorsams, Henry David Thoreau (1817-62) deutlich gemacht, in dessen Tradition Gandhi wie Berrigan stehen.

Wir müssen uns der Gewalt stellen

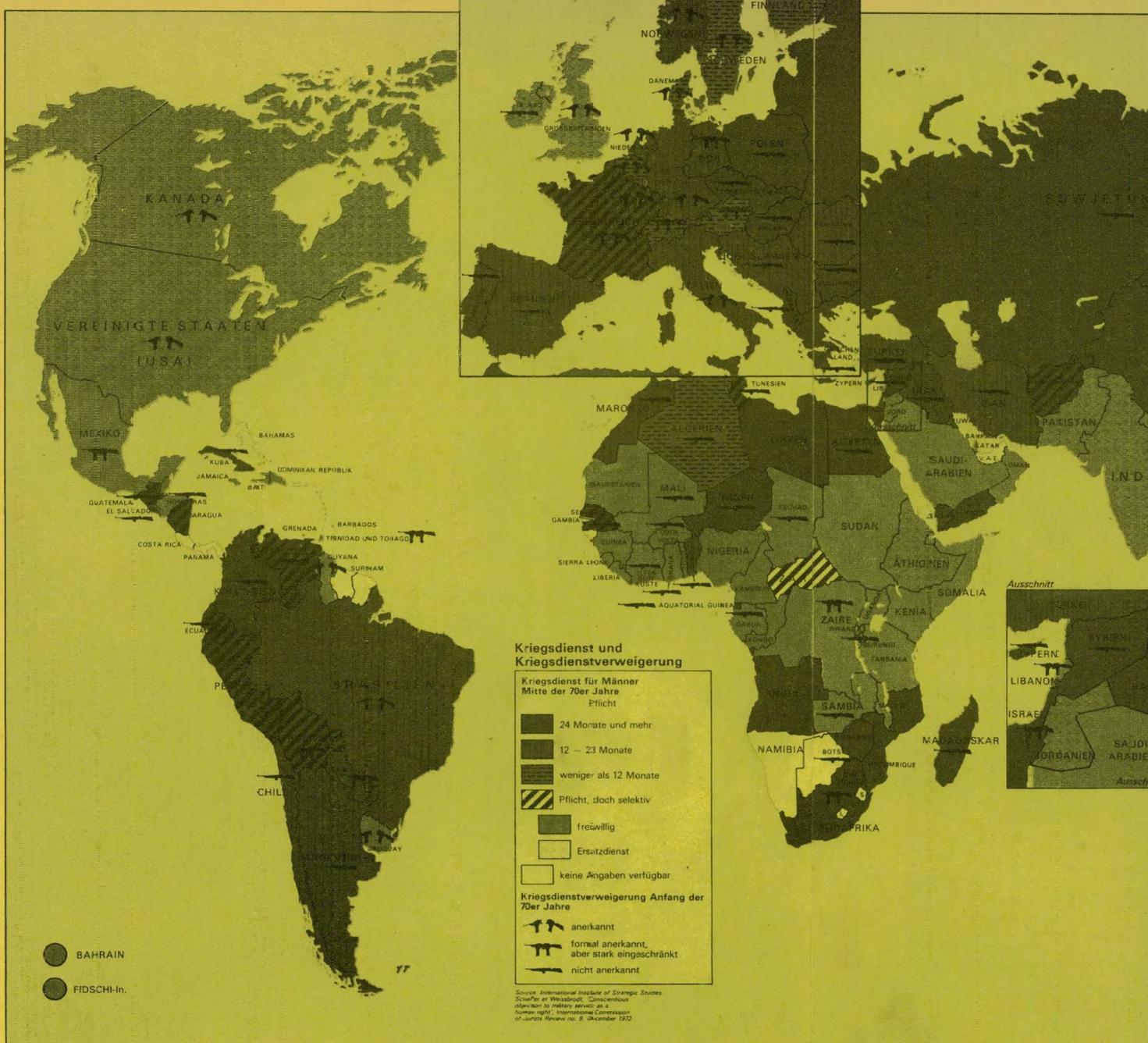
Jeder herrschenden Macht und Gewalt gegenüber kritisch zu bleiben, sie in Frage zu stellen und das System in Veränderung zu halten – das alles heißt revolutionär zu handeln.

„Eine Revolution ist vor allem eine Frage der Liebe.“ sagte Cardenal, als er vor sechs Jahren den Friedenspreis des deutschen Buchhandels entgegennahm. – In der Tat würdigt Berrigan alle Revolutionäre: Guevara, Ho Chi Minh, Castro, die Sandinisten eingeschlossen als „ernsthafte Agenten des Lebens und der Befreiung“, deren Haltung den „Tyranen, die das Leben verachten“, überlegen ist.

Und der Pazifist Berrigan mag manchen Pazifisten im Magen liegen, wenn er sagt: „Ich verurteile Gewalt nicht absolut, aber ich denke, daß die Gewaltlosigkeit die wirksamste und sittlich wertvollste Methode im Kampf um Brüderlichkeit und Gerechtigkeit ist.“ Hart ist Berrigan gegen die, „die weder für das eine noch für das andere sind, die – obwohl sie wissen, was los ist – nichts tun ...“ Und Gewalt, direkte und/oder strukturelle, ist überall da: sie hat Feindbilder, ist rassistisch, frauenfeindlich, habgierig, arrogant, hält Menschen in Unwissenheit, zerstört die Umwelt, schafft eine „Kultur der Waffen“ (Berrigan), strebt Endlösungen an, wirbt für den Holocaust ... Kampf ist allemal angesagt, die revolutionäre Tat, besser: der revolutionäre Prozeß, ist auf jeden Fall gefordert. Dabei bleibt der Satz des Gewerkschafters und Pazifisten Abraham J. Mustes (1885-1967) festzuhalten: „Je mehr Gewalt, desto weniger Revolution.“

Statt einer Literaturliste sei auf eine Broschüre des Autors unter dem Titel „Gewaltfrei kämpfen. Aus Sehnsucht nach Leben – Daniel Berrigan und Ernesto Cardenal ringen um den revolutionären Weg“ hingewiesen.

Bezugsadresse und Preis s. S. 26



Kriegsdienstverweigerung- (k)ein Thema für die „Dritte Welt“?

von Günter Knebel, Bremen

Die nebenstehende Übersicht kann gegensätzlich gedeutet werden:

KDV – kein Thema für die „Dritte Welt“! oder im Gegenteil:

KDV – ein Thema für die „Dritte Welt“! Man fühlt sich erinnert an die Geschichte vom pessimistischen und vom optimistischen Schuhverkäufer während der Kolonialzeit in Afrika: Angesichts der Barfüßigen sah der Pessimist keine, der Optimist dagegen große Absatzchancen. Die Verpflichtung zum Wehr- oder gar Kriegsdienst ist freilich etwas ganz anderes und ein Ex- und Import von KDV ist auch nicht vorstellbar.

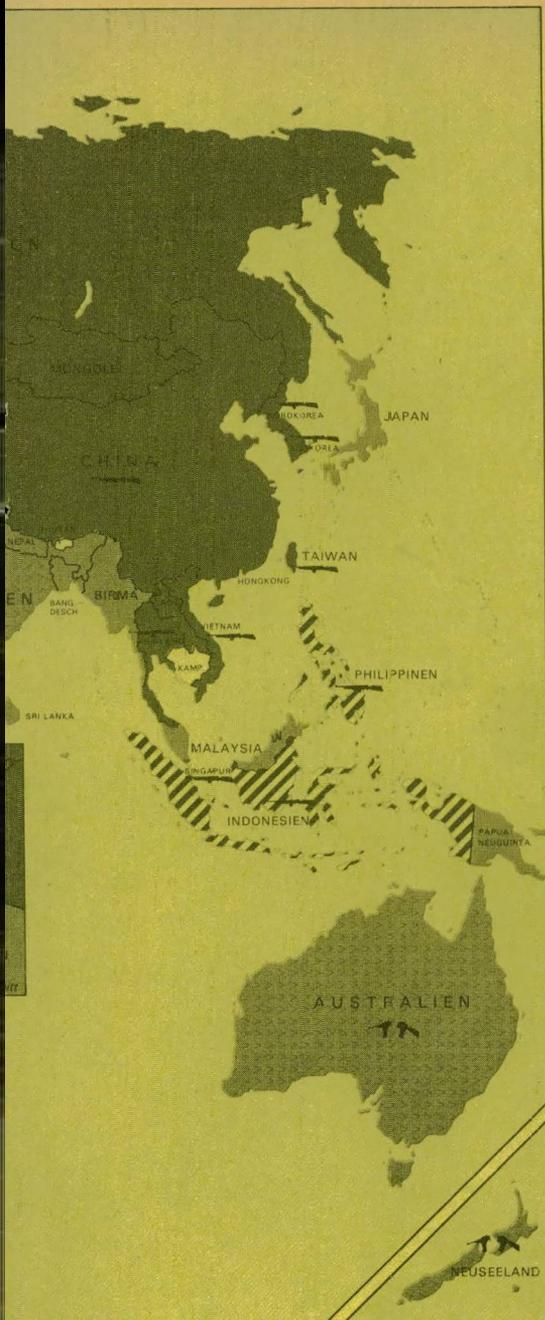
Ob die staatliche Praxis, von Bürgern Wehr- und ggf. Kriegsdienst zu fordern, in (neo-)kolonialer oder „fortschrittlicher“ Tradition steht, sei hier nicht erör-

tert. Die Karte zeigt, daß in vielen Staaten der sogenannten Dritten Welt Bürger zum Waffendienst verpflichtet werden. Meist haben sie nicht einmal formal die Möglichkeit, den Kriegsdienst zu verweigern. Welche Probleme, Gewissenskonflikte und Leiden, dadurch entstehen, wird in diesem Heft an anderer Stelle beschrieben.

Hier interessiert die Frage, ob und ggf. welche Chancen überhaupt bestehen, „Kriegsdienstverweigerung“ völkerrechtlich verbindlich als „Menschenrecht“ anzuerkennen. Ein Kenner der Materie, der ehemalige Sprecher des zuständigen Ausschusses der UNO-Menschenrechtskommission, Asbjørn Eide, beurteilt den Entwicklungstrend Anfang 1986¹ so:

„Offensichtlich sind die UN-Mitglieder in diesen Fragen zutiefst gespalten. In zahlreichen westlichen Ländern wurde der Grundsatz der Militärdienstverweigerung akzeptiert, in den meisten dieser Länder jedoch lediglich die streng pazifistische Haltung. Aus diesem Grunde sind verschiedene dieser Empfehlungen selbst für einige der westlichen Staaten nicht annehmbar.“

In der Dritten Welt gehen die Meinungen hierüber weit auseinander. Wie bereits aufgezeigt, haben viele dieser Länder keinerlei Militärdienstpflicht; für sie schaffen diese Empfehlungen keine Probleme. Bei anderen, beispielsweise manchen der moslemischen wie auch weiteren Ländern, findet Militärdienstverweigerung heute unter keinen Um-



Aus der Empfehlung des UN-Unterausschusses zur Verhinderung von Diskriminierung und zum Schutz von Minderheiten, die an die UN-Menschenrechtskommission weitergeleitet wurde: (aus: FR, 28.12.85)

1. Das Recht auf Verweigerung aus Gewissensgründen

a) Die Staaten sollten durch Gesetz das Recht von Personen anerkennen, die aus Gewissensgründen oder aus tiefer Überzeugung auf Grund religiöser, ethischer, moralischer, humanitärer oder ähnlicher Motive die Ableistung des bewaffneten Dienstes verweigern, von der Verpflichtung zur Ableistung des Militärdienstes befreit zu werden.

b) Die Staaten sollten zumindest das Recht auf Verweigerung auf Personen ausdehnen, deren Gewissen es ihnen unter allen Umständen verbietet, an einem bewaffneten Dienst teilzunehmen (pazifistische Position).

Die Staaten sollten durch Gesetz das Recht anerkennen, vom Dienst in Streitkräften befreit zu werden, von denen der Verweigerer annimmt, daß sie wahrscheinlich

c) zur Stärkung der Apartheid eingesetzt werden,

d) für Handlungen benutzt werden, die auf Völkermord hinauslaufen oder sich dem Völkermord annähern,

e) für die illegale Besetzung fremden Territoriums benutzt werden,

f) an schweren Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind oder sich wahrscheinlich beteiligen werden,

g) auf den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln zurückgreifen oder von Waffen, die ausdrücklich durch das Völkerrecht geächtet worden sind, oder daß sie Mittel und Methoden verwenden, die unnötiges Leid verursachen.

2. Verfahrensaspekte

a) Die Staaten sollten unabhängige Entscheidungsgremien aufrechterhalten oder einrichten, um festzustellen, ob eine Verweigerung aus Gewissensgründen in jedem einzelnen Fall den gesetzlichen Anforderungen genügt. Das Recht auf Anrufung eines unabhängigen, zivilen Gerichtes sollte immer gegeben sein.

b) Antragstellern sollte eine Anhörung gewährt werden und sie sollten berechtigt sein, durch einen Rechtsbeistand vertreten zu werden sowie Zeugen zu berufen.

c) Die Staaten sollten Informationen über das Recht auf Verweigerung verbreiten und nichtstaatlichen Organisationen gestatten, dies ebenfalls zu tun.

3. Alternativer Dienst

Die Staaten sollten einen alternativen Dienst für den Verweigerer einrichten, der mindestens ebenso lang ist wie der Militärdienst, aber nicht übertrieben lange, so daß er tatsächlich zu einer Bestrafung wird. Die Staaten sollten so weit wie möglich dem alternativen Dienst einen sinnvollen Inhalt geben, einschließlich sozialer Arbeit oder Arbeit für Frieden, Entwicklung und internationale Verständigung.

M. Kidron/R. Segal, Karte Nr. 30 „Kriegsdienst und Verweigerung“
aus: M. Kidron/R. Segal, Hunger und Waffen - Ein

politischer Weltatlas zu den Krisen der 80er Jahre
Copyright 1981 by Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg, Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlags.

ständen Zulassung, und so schnell ist hier eine Änderung nicht zu erwarten. Im Islam gibt es eine pazifistische Tradition, wie sie in einigen Strömungen des Christentums und im Buddhismus anzutreffen ist, nicht. Verbreitet ist vielmehr die Tradition des „Heiligen Krieges“, selbst wenn Gewaltanwendung auch im Islam zahlreichen ethischen Beschränkungen unterliegt.

Die sozialistischen Länder Osteuropas legen bei der Anerkennung des Gedankens der Militärdienstverweigerung ziemlich Unwillen an den Tag, insofern sie selbst davon betroffen sind. Die meisten unter ihnen akzeptieren kein gesetzliches Recht auf Militärdienstverweigerung (die DDR stellt eine der seltenen Ausnahmen dar, da sie einige wenige Gründe hierfür zuläßt). Das bedeutet in der Praxis, daß einige dieser Staaten den Militärdienstverweigerern im konkreten Fall den Wechsel zu einem waffenlosen Dienst innerhalb des Militärs genehmigen. Grundsätzlich herrscht jedoch die Meinung, die Pflicht eines jeden sei es, dem sozialistischen Staate zu

dienen; die Auffassung, der einzelne könne Verständnis sowie Engagement für ein internationales Recht zeigen, das von dem von der eigenen Regierung gesetzten abweicht, trifft dort auf wenig Gegenliebe.

Unmittelbare Zukunft ungewiß, langfristiger Fortschritt wahrscheinlich

Es ist kaum anzunehmen, daß großartige Resultate erzielt werden, wenn sich die Menschenrechtskommission 1987 erneut dem Thema zuwendet. Bestenfalls werden die Mindestempfehlungen Unterstützung finden, aber hoffentlich in genügend allgemeingehaltenen Formulierungen, die im Laufe der Zeit eine erweiterte Interpretation ermöglichen.

Wenn man jedoch einen längeren Zeitraum ins Auge faßt, so nehme ich an, daß viele der in den kühneren Empfehlungen enthaltenen Ideen der Studie akzeptiert werden. Im Rückblick wird klar, daß der langfristige Trend zu einer verstärkten Anerkennung der Militärdienstverweigerung geht. Auch die Vereinten Nationen würden sich schwertun,

die Respektierung der Menschenrechte und der internationalen Solidarität weiterhin zu fordern und zu fördern, wenn dies hinsichtlich der Gewissensentscheidung des einzelnen jungen Menschen folgenlos bliebe.“

Dem ist nichts hinzuzufügen. Oder doch?

So wie ich das verstehe, ist die Chance der Verwirklichung eines internationalen (Menschen-)Rechts zur Kriegsdienstverweigerung auch durchaus mit der Frage verknüpft, ob die Welt im alten Trott weiter dem Rüstungswahn erliegt oder ob sie endlich zivilier und damit – in einem guten Wortsinn – zivilisierter wird. Das ‘Argument der Gewalt’ durch die ‘Gewalt des Arguments’ national und international zu ersetzen, ist eine überlebenswichtige Aufgabe: Nicht nur für die Regierenden, sondern auch für die Regierten überall auf der Welt! ☉

¹ In: Asbjørn Eide, Gewissen und Gewalt, in: Vereinte Nationen, Heft 2/1986, S. 62f.

Beendet die Wehrpflicht!

Kriegsdienstverweigerung in Südafrika

Von Friedhelm Schneider, Speyer

1. Gewissensprüfung plus „lästige Alternative“: KDV als legale Möglichkeit für religiöse Pazifisten

Gleichzeitig mit der Neuordnung des KDV-Rechts bei uns wurden in Südafrika erstmals gesetzliche Bestimmungen zur KDV getroffen. Nach einer Novellierung des südafrikanischen Wehrgesetzes (Defence Amendment Act, 1983) kann als Kriegsdienstverweigerer anerkannt werden, wer generell und aus religiösen Gründen den Militärdienst verweigert. Der Ersatzdienst ist als sogenannter Gemeinschaftsdienst (community service) in staatlichen Einrichtungen zu leisten; er dauert sechs Jahre (!) und muß an einem Stück absolviert werden – damit ist er anderthalbmal so lang wie der Militärdienst, den weiße Südafrikaner aufgrund der Wehrpflicht in zeitlich getrennten Abschnitten zu leisten haben (2 Jahre Grundwehrdienst und nochmals 24 Monate Reserveübungen oder Militäreinsätze auf 12 Jahre verteilt). Wer aus nicht religiösen Motiven oder situationsbedingten Gründen heraus den Kriegsdienst verweigert (s. 2.), wird für die Dauer der Ersatzdienstzeit inhaftiert.

Gewissensprüfung auf südafrikanisch

Um die politische „Spreu“ vom religiösen „Weizen“ zu trennen, finden hinter verschlossenen Türen KDV-Prüfungsverhandlungen statt. An diesem Anerkennungsverfahren sind Militärvertreter und Theologen beteiligt. Dem „Ausschuß für religiöse KDV“ (board for religious objection) soll jeweils ein Theologe angehören, der Mitglied derselben Glaubensgemeinschaft ist wie der Kriegsdienstverweigerer – allerdings bleibt dieser Ausschuß-Sitz oft leer, denn die meisten der südafrikanischen Kirchen lehnen es ab, ein solches Verfahren durch die Entsendung eines Ausschuß-Vertreters zu unterstützen.

Wie überall, wo das Gewissen von Kriegsdienstverweigerern geprüft werden soll, kommt es auch in Südafrika zu seltsamen Auswüchsen: So wurde ein Buddhist abgelehnt mit der absonderlichen Begründung, der Buddhismus verzichte auf eine persönliche Gottesvorstellung und sei daher keine 'richtige' Religion – folglich könne ein Buddhist auch nicht als religiöser Kriegsdienstverweigerer anerkannt werden...

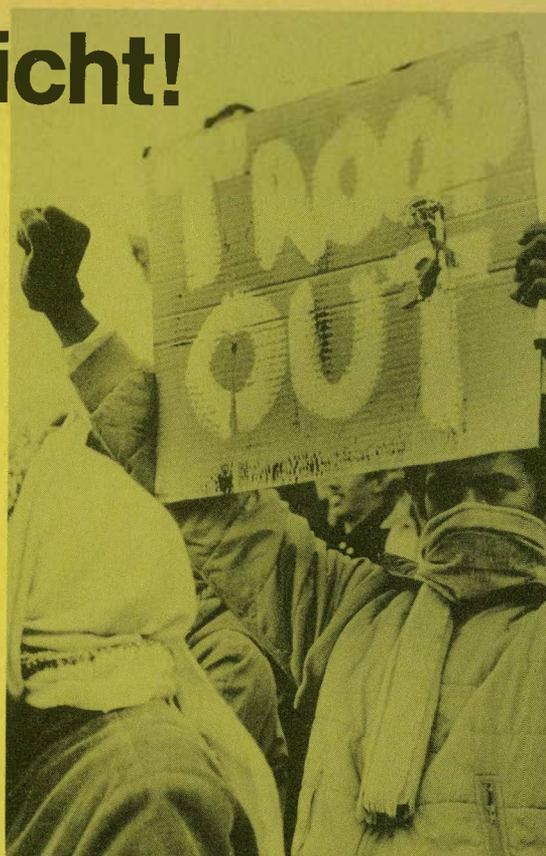
Der Lutheraner Harald Winkler hat aus seinem Glauben politische Konsequenzen gezogen und die Teilnahme am Krieg gegen seine schwarzen Mitbürger verweigert. Er wurde abgelehnt, weil er keinen uneingeschränkten Pazifismus

vertritt. (Als „situationsbedingter“ Kriegsdienstverweigerer hätte er übrigens auch nach bundesdeutschem Recht keine Chance, anerkannt zu werden...)

Seit 1984 haben mehr als 800 Südafrikaner offiziell einen KDV-Antrag gestellt, 521 von ihnen wurden anerkannt. Anerkannte Kriegsdienstverweigerer haben keinen Einfluß auf die Art und den Ort des Arbeitsdienstes, den der Staat ihnen für 6 Jahre zuweist. Für die abgelehnten Kriegsdienstverweigerer bleibt die Entscheidung zwischen 6 Jahren Gefängnis oder der Flucht ins Ausland.

2. Die Kampagne zur Abschaffung der Wehrpflicht („End Conscription Campaign“, ECC)

Angesichts der bedrohlichen Entwicklung des Apartheid-Staates muß eine Gesetzesnische für religiöse Pazifisten völlig unzureichend bleiben – dies verdeutlicht die wachsende Zahl von Südafrikanern, die außerhalb der gesetzlichen Möglichkeit verweigern oder sich der Wehrpflicht entziehen (1 569 im Jah-



Troops out of the townships – Aktion 1985

Südafrikanische Polizei kontrolliert Mitglieder der Aktion „Truppen raus aus den Townships“



re 1984; im Januar 1985 sind mehr als die Hälfte von 15 000 Rekruten ihrer Einberufung nicht nachgekommen; neuere Zahlen werden nicht bekanntgegeben... Eine wichtige Rolle spielt in vielen Fällen die immer offenkundigere

Einsicht, daß die südafrikanische Armee (South African Defence Force, SADF) als tragende Säule der Apartheid-Politik zum Bürgerkrieg im eigenen Land beiträgt und die widerrechtliche Besetzung von Namibia unterstützt.

Seit drei Jahren haben sich mehr als 50 Organisationen zur „End Conscription Campaign“ (ECC, Kampagne zur Abschaffung der Wehrpflicht) zusammengeschlossen. Die ECC geht über die offiziell erlaubte (generell-religiöse) Verweigerung des Militärdienstes hinaus. Sie trägt moralische und politische Gründe für die (weithin situationsbedingt verstandene) Kriegsdienstverweigerung im heutigen Südafrika in die öffentliche Diskussion; die Arbeit der ECC findet ein reges Echo, selbst im Bereich der politischen Mitte („Wir wollen nicht gegen die kämpfen, die in unseren Häusern und Gärten arbeiten...“). Die Ziele der Bewegung werden von weiten Kreisen der christlichen Kirchen und der demokratischen Opposition unterstützt.

In der ECC-Erklärung „Für einen gerechten Frieden in unserem Land“ (1984) heißt es:

„Wir leben in einer ungerechten Gesellschaft, in der grundlegende Menschenrechte der Mehrheit der Bevölkerung verwehrt werden.

Wir leben in einer Gesellschaft der Ungleichheit, in der das Land und der Reichtum einer Minderheit gehören.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der Bürgerkrieg herrscht, wo ein Bruder gegen den anderen kämpfen soll.

Wir fordern ein Ende der Wehrpflicht. Junge Männer werden eingezogen, um die gesetzwidrige Besetzung von Namibia aufrechtzuerhalten und ungerechten Krieg gegen fremde Länder zu führen.

Junge Männer werden eingezogen, um mitzuwirken bei der Durchführung und Verteidigung der Apartheid-Politik.

Junge Männer, die den Militärdienst ablehnen, müssen wählen zwischen einem Leben im Exil oder möglichen sechs Jahren im Gefängnis.

Wir fordern ein Ende der Wehrpflicht. Wir glauben, daß die finanziellen Kosten des Krieges die Armut in unserem Land vermehren und das Geld eher im Interesse des Friedens verwendet werden sollte. Wir glauben, daß die Ausweitung der Wehrpflicht auf farbige und indische Jugendliche den Konflikt steigern und un-

Wir fordern ein Ende der Wehrpflicht. Wir fordern einen gerechten Frieden in unserem Land.“

Erfolgreiche Aktivitäten waren im Juni 1985 das ECC-Friedensfestival in Johannesburg (unter dem Motto: „Stop the call up!“, dt. „Stoppt die Einberufung!“), wurden 3 000 Teilnehmer erreicht) und im September/Oktober 1985 die Aktion „Truppen raus aus den Townships!“, die von einem Solidaritätsfasten begleitet wurde (Townships = schwarze Wohngebiete). „Arbeit für einen gerechten Frieden hieß eine landesweite Kampagne, die im Mai 1986 sozial nützliche Aktivitäten zum Militärdienst aufzeigte: ECC-Mitglieder bauten z. B. ein Kinderheim, gestalteten ein Kinderferienprogramm führten Umweltschutz-Projekte durch, halfen den Opfern von Zwangsumsiedlungen ...

Am 12. Juni 1986 wurde in Südafrika der Ausnahmezustand erklärt. Seitdem ist jede Kritik an der Rolle der südafrikanischen „Sicherheitskräfte“ verboten, jeder Widerstand gegen die Wehrpflicht wird als „umstürzlerisches Vergehen“ verfolgt. Die ECC ist noch stärker als zuvor staatlichem Druck ausgesetzt: ihre Mitglieder sind von Verhaftung und Ausweisung bedroht, ein ECC-Treffpunkt in Johannesburg war Ziel eines Bombenanschlags. Trotz dieser schwierigen Bedingungen geht die Arbeit der ECC weiter. In einer Kampagne, die das Recht auf Meinungsäußerung betont („Right to Speak“ Campaign) wird gefordert: „Wir verlangen, daß die Regierung das Recht aller Südafrikaner anerkennt, ihre Meinung zur Wehrpflicht zu äußern. Wir fordern das Ende der Beschränkungen, die die Regierung der End Conscription Campaign auferlegt.“

Für die ECC-Mitglieder ist die internationale Unterstützung ihrer Arbeit wichtig - besonders in der Zwangslage des Ausnahmezustands.

Ein aktueller Solidaritätsbeitrag könnte es sein, möglichst zahlreich in Briefen an den Botschafter der Republik Südafrika (Auf der Hostert 3, 5300 Bonn 2) das Recht der ECC auf freie Meinungsäußerung zu fordern. ☉

KDVer im Exil

Auf Einladung der DFG/VK in Verbindung mit anderen KDVer-Organisationen und Südafrikagruppen sind 5 südafrikanische KDVer in verschiedenen Orten der BRD gewesen. Diese KDVer leben im Exil in London.

Einer der KDVer ist Sandy Balfour. Er hat bis 1983 als Lehrer in einem Township in der Nähe Kapstadts gearbeitet. Als er in die Armee eingezogen werden sollte ist er nach Großbritannien ins Exil gegangen. Er arbeitet dort in dem Komitee für südafrikanische Kriegsdienstverweigerer (Committee on South African War Resisters, COSAWR).

Mit ihm führte Karl Leonhäuser am 14.11. folgendes Kurzinterview:

Frage: Warum ist die Kriegsdienstverweigerung in Südafrika so aktuell?
S. B.: Die südafrikanische Armee führt z. Zt. drei Kriege. Der eine Krieg richtet sich gegen die sogenannten Frontstaaten, wie Angola, Mosambique u. a.; der zweite Krieg findet in Namibia statt, dem Südafrika seit 20 Jahren die Unabhängigkeit vorenthält; der dritte Krieg ist in Südafrika selber, die Soldaten werden dort in den Gettos der Schwarzen (Townships) eingesetzt. Diese drei Kriege werden nur geführt, um die weiße Vorherrschaft mit der Apartheid zu sichern. Wer nun in Südafrika der Wehrpflicht nachkommt, der wird in diesen ungerechten Kriegen eingesetzt.

Frage: Gibt es in Südafrika anerkannte Kriegsdienstverweigerer?

S. B.: Seit 1984 gibt es ca. 800 Kriegsdienstverweigerer. Kriegsdienstverweigerer kann nur werden, wer aus religiösen Gründen Pazifist ist und keinerlei politische Gründe hat. So werden fast nur Mitglieder von religiösen Gruppen, wie etwa die Zeugen Jehovas, anerkannt. Wenn einer vom Regierungsausschuß als KDVer anerkannt ist, muß er einen 6 Jahre langen Alternativdienst in staatlichen Einrichtungen machen.

Schon wer für Kriegsdienstverweigerung eintritt, macht sich strafbar und kann mit bis zu 6 Jahren Gefängnis bestraft werden. Deshalb gibt es das Komitee für südafrikanische Kriegsdienstverweigerer (COSAWR) nur im Exil.

Frage: Können Kriegsdienstverweigerer aus der BRD Kriegsdienstverweigerer in Südafrika unterstützen?

S. B.: Direkte Unterstützung ist sicherlich kaum möglich. Aber die Ursache für die Kriege liegt in der Apartheid. Auch in der BRD gibt es viele Gruppen, die sich gegen die Unterdrückung der Bevölkerungsmehrheit in Südafrika wenden. Dort können Kriegsdienstverweigerer mitarbeiten.

Frage: Wie steht COSAWR zu den Befreiungsbewegungen?

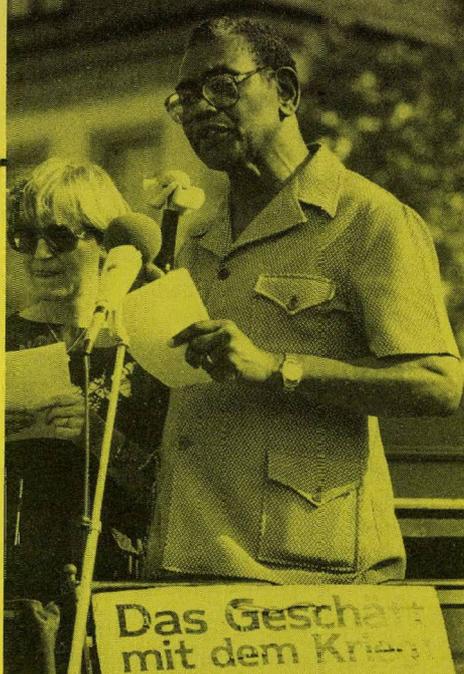
S. B.: COSAWR ist völlig unabhängig von den Befreiungsbewegungen.



Zeichnung: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt/Gerhard Mester

ser Land noch mehr spalten wird. Wir glauben, daß es das moralische Recht der Südafrikaner ist, Gewissensfreiheit zu praktizieren und die Wahl zu haben, nicht in der südafrikanischen Armee zu dienen.

Eine aktuelle Broschüre zum Thema „KDVer in Südafrika“ (36 S.) ist zu beziehen bei:
DFG/VK, Postfach 41 03 32, 3500 Kassel
 (Preis s. S. 26)



Rüstungs- export- das Geschäft mit dem Tod

Den folgenden Artikel entnehmen wir (mit freundlicher Genehmigung des Herausgebers) auszugsweise der Broschüre „Rüstungsexport und politische Verantwortung“, die von der BUKO-Koordinationsstelle „Stoppt den Rüstungsexport!“ zusammengestellt wurde. Dort sind nähere Informationen – auch zu angrenzenden Themen – gerne zu erhalten. (Adresse s. Schluß) *d. Red.*

Die bundesdeutsche Rüstungsindustrie ist auch zur Zeit der anhaltenden wirtschaftlichen Krise eine Wachstumsbranche. Ein großer Teil der produzierten Waffen, Rüstungsgüter aller Art sowie der immer wichtigeren Militär-elektronik wird exportiert. Nach Angaben der auch von der Bundesregierung anerkannten ACDA (U.S. Arms Control and Disarmament Agency) gingen 70% der bundesdeutschen Rüstungsexporte zwischen 1970 und 1980 in Länder der Dritten Welt. Im gleichen Zeitraum stieg der Rüstungsexport der Bundesregierung über alle Maßen an (vgl. Schaubild, ebenfalls ACDA).

Was sind Rüstungsexporte?

1. Exporte von Großwaffen sowie Exporte von Anlagen für die Waffenproduktion (zum Beispiel Munitionsfüllanlagen, Produktionsanlagen zur Herstellung von Maschinengewehren etc.), also Exporte, die Länder in die Lage versetzen, Kriege zu führen und für diese einen größeren Bedarf an Kleinwaffen selbst zu produzieren. In Nicht-Kriegszeiten treten diese Länder als Waffenexporteure für andere Länder der Dritten

Welt auf. (Mit deutschen Waffenproduktionsanlagen ausgerüstete Länder wären zum Beispiel: Argentinien/Panzer, Indonesien, Iran, Israel/Maschinengewehre, Hubschrauber, Saudi-Arabien und Südafrika/Munitionsfüllanlagen u. v. a. m.)

2. Exporteure von Kleinwaffen und militärischen Infrastrukturgütern (Telekommunikation, Militär-LKWs etc.) an Länder, die die Rüstungsgüter selber nicht herstellen. Häufig benötigen diese Länder die Rüstungsgüter auch für die Absicherung des eigenen diktatorischen Systems gegenüber dem eigenen Volk (El Salvador, Philippinen, Indonesien, Peru ...). Deutsche Waffen werden überall in der Welt bei der Verfolgung, Folter oder Ermordung Oppositioneller und auch Unbeteiligter eingesetzt. Hierüber gibt es zahlreiche Dokumentationen, der letzte spektakuläre Fall war die Ermordung von über 200 Gefängnisinsassen am 19. Juni 1986 in Peru durch das Militär und die Polizei. Beide sind mit Heckler & Kochs G3-Gewehren ausgerüstet.

3. Ausbildungshilfe und Ausrüstungshilfe der Bundesregierung und der Innenministerien der Länder (Poli-

zeiausbildung) an Länder der Dritten Welt, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen nachgewiesen sind (Chile, Philippinen, Marokko etc.).

Der alleinige Blick auf die Großwaffen bei der Kritik der Rüstungsexporte verstellt also den Blick auf die ebenso schwerwiegenden Folgen des Exportes von Kleinwaffen und militärischer Infrastruktur. Das zeigt unter anderem auch die Diskussion um den Export des Panzers Leopard II an Saudi Arabien. Unter der Hand der öffentlichen Wahrnehmung hat sich der Feudalstaat mittlerweile mit fast allem, was deutsche Rüstungskonzerne liefern können, eingedeckt – nur nicht mit dem Leopard II! (vgl. hierzu: Sonderrundbrief unserer Kampagne „Saudi Arabien“). Der Export von Kleinwaffen und militärischer Infrastruktur stabilisiert häufig gerade die Regime, von denen schwerste Menschenrechtsverletzungen ausgehen.

Zahlen zum deutschen Rüstungsexport

Auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Volmer und der Fraktion Die Grünen hat die Bundesregierung neue Angaben über den „Umfang der Genehmigungen nach dem AWG im Jahr 1985“ gemacht (BT-Drucksache 10/5793 vom 27.6.1986):

Nach wie vor fehlen Angaben über die Genehmigungswerte für Exporte von Großwaffen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz KWKG aus den Jahren 1982, 1984 und 1985, aber auch Vorjahreswerte für kriegswaffennahe Rüstungsgüter nach dem AWG aus dem Jahr 1984.

1985 wurden nach Angaben der Bundesregierung 125 Staaten (!) mit Rüstungs- und Atomtechnologie beliefert. Angesichts solcher Zahlen ist eigentlich nur noch interessant zu wissen, welche Staaten keine Rüstungs- und Atomexporte erhalten haben! Denn die einzelnen „Empfängerländer“ wollte die Bundesregierung aus den bekannten politischen Erwägungen wieder einmal nicht nennen.

Dritte Welt

Aus der Perspektive der Dritten Welt haben Rüstungsexporte schwerwiegende Folgen:

1. hohe Staatsverschuldung durch überproportionale Militärausgaben mit allen ihren wirtschaftlichen, politischen und sozialen Folgen;
2. Erzeugung einer Atmosphäre der Einschüchterung, Bedrohung und Angst mit ihren weitreichenden sozialen Folgen, Verschärfung bestehender sozialer Konflikte;
3. Militarisierung der verschärften sozialen Konflikte;

Genehmigungen nach dem Außenwirtschaftsgesetz AWG 1985

Ausfuhrliste Teil I. A »Waffen, Munition und Rüstungsmaterial«	Ausfuhrliste Teil I. B »Kernenergieliste«	Ausfuhrliste Teil I. C »Sonstige Waren von strategischer Bedeutung
(erfaßt zum Beispiel Gewehre, Radpanzer, Spezialmaschinen zur Waffenherstellung)	(erfaßt Waren aus den Auflagen des Nichtverbreitungsvertrages)	(erfaßt zum Beispiel Militär-elektronik, Militärflugzeuge/-Hubschrauber)
5,793 Milliarden DM	2,288 Milliarden DM	19,808 Milliarden DM

4. Schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen;
5. Anwachsen der Flüchtlingszahlen, Flüchtlinge fliehen vor militärischer Eskalation.

Die besten Kunden der BRD 1979 - 1983:

1. Argentinien	925 Mio. US-Dollar
2. Türkei	850 Mio. US-Dollar
3. Saudi-Arabien	525 Mio. US-Dollar
Irak	140 Mio. US-Dollar
Iran	5 Mio. US-Dollar

Angaben der US-Behörde ACDA: World Military Expenditures and Arms Transfers, Washington 1985

Darüberhinaus binden Militärausgaben Mittel, die für die Entwicklung nötig wären, und im Falle eigener Militärproduktion durch importierte Produktionsanlagen werden wissenschaftliches Personal und natürliche Ressourcen gebunden, die beide dann für Entwicklungsbereiche fehlen. Selbst bei eigener Produktion müssen Waffenteile oder nötige Rohstoffe importiert werden.

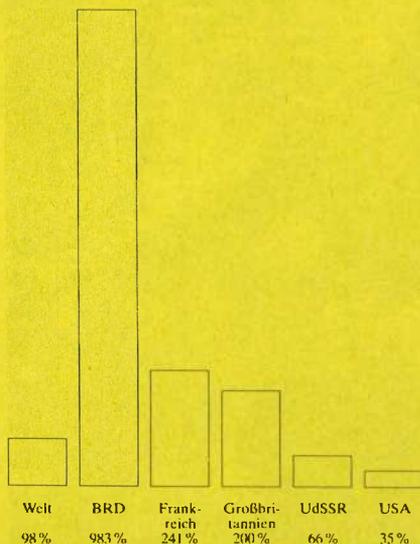
Von der Bundesregierung geduldete Umgehungspraxis der Rüstungsproduzenten

Im wesentlichen sind vier Kanäle bekannt, mit denen Rüstungsproduzenten das AWG und KWKG umgehen können, wenn sie erwarten, daß ihr Rüstungsexportgeschäft mit den Gesetzen kollidiert.

1. Koproduktion mit NATO-Partnern.

- Zum Beispiel MBB (Messerschmitt Bölkow-Blohm) und die französische Aerospatiale bauen zusammen in Frankreich Panzerabwehrraketen für den Einsatz im Nahen Osten. Die Raketen sind formal französische Produktionen.

Wachstum des Rüstungsexportes von 1973 bis 1980



Berechnet nach Angaben der U.S. Arms Control and Disarmament Agency, World Military Expenditures and Arms Transfers 1971 bis 1980, Washington 1980, Tabelle II

- Zum Beispiel Dornier und Dassault (Frankreich) bauen gemeinsam das Kampfflugzeug Alpha Jet (Irak, Ägypten, Katar, Vereinigte Arabische Emirate).

2. Lizenzvergabe und Fabrikneubau

- Zum Beispiel Heckler & Koch verkaufte die zur Herstellung der mittlerweile weitverbreiteten Maschinengewehre G3 nötigen Lizenzen und Patente an 13 Länder (unter anderem an die Türkei, Pakistan, Malaysia, Thailand, Iran). Exporte von Lizenzen und Patenten sind genehmigungspflichtig.
- Die im Bundesbesitz befindliche „Fritz Werner Industrieausrüstung“ verkauft Produktionsanlagen zur Herstellung von Rüstungsgütern zum Beispiel an Saudi Arabien. Die Bundesregierung verweigert jede Auskunft über die Exporte. Die für die Lizenzproduktion nötigen Ausfuhr- und Genehmigungsunterlagen sind von der Bundesregierung genehmigt worden.

3. Rüstungsexporte über Drittländer

- Zum Beispiel Rheinmetall (über Italien nach Saudi Arabien, über Spanien nach Argentinien) verstößt gegen die Bestimmungen des Gesetzes. Jedes belieferte Land muß in einer Endverbleibsklausel zusichern, eine eventuelle Weiterveräußerung der Waffen nur mit Zustimmung der Bundesregierung vorzunehmen.

4. Militärische Ausrüstung als Zivilgüter.

- Zum Beispiel Militärfahrzeuge der Firma Faun in den Irak
- Zum Beispiel Unimogs von Mercedes für Militär in Südafrika, El Salvador
- Zum Beispiel Spezialmotoren der Motoren Turbinen Union für israelische Militärschnellboote

Rechtlich relevant ist für die Bundesregierung nicht die Verwendungseignung, sondern der angegebene Verwendungszweck. Unter Angabe der Verwendungszwecke „zivile Nutzung“ entfällt die Überprüfung des Rüstungsexportes nach dem AWG.

Arbeitsplätze

Umfangreiche Studien belegen, daß gerade die Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie mittel- und langfristig nicht sicher sind. Experten sprechen von 30 000 Arbeitsplätzen in der reinen Rüstungsexportindustrie. 300 000 sind insgesamt in der Rüstungsproduktion beschäftigt. Dem Argument der Sicherheit der Arbeitsplätze halten wir aber auch entgegen: Es gibt nicht einen akzeptablen Grund, nicht eine ideologische Rechtfertigung für ein Geschäft, welches in Verfolgung, Folter, Mord und sogar Krieg einmündet.

Die Frage des Rüstungsexportes liegt wie keine andere politische Frage in der Hand der Bundesregierung. Die Bundesregierung ist unter den gegebenen Gesetzesbestimmungen in der Lage, jedem Rüstungsexport die Genehmigung zu versagen.

Was sagen die Kirchen?

1. Parlamentarische Kontrolle:

GKKE (Gemeinsame Konferenz der Kirchen, beide Konfessionen) 9.9.85:

Die Bundesregierung sollte „auch im eigenen Verantwortungsbereich den Rüstungsexport dadurch einschränken, daß

- eine Berichterstattung über das Ausmaß der Rüstungsexporte sichergestellt wird
- sie in der Frage der Rüstungsexporte eine Informationspolitik verfolgt, die diesen Politikbereich für die Öffentlichkeit durchschaubar macht und damit zu breiter politischer Willensbildung beiträgt.“

2. Arbeitsplätze

Deutsche Katholische Bischofskonferenz am 18.4.83:

„Auf keinen Fall ist wirtschaftliche Sicherheit durch verstärkte Rüstungsexporte zu erkaufen.“

Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) am 16.2.81:

„Vor allem aber dürfen derzeitige Defizite in der Leistungsbilanz und Probleme mit der wachsenden Zahl von Arbeitslosen auf keinen Fall dazu führen, einen Beitrag zur Lösung wirtschaftlicher Schwierigkeiten in einer Stärkung der Waffenindustrie und einer Erhöhung des Waffenexportes zu suchen.“

3. Grundsätzliche Stellungnahmen

GKKE, 9.9.85:

„Der Konsens, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf, muß auch die Aussage einschließen, daß von deutschem Boden aus keine Militarisierung von Konflikten erfolgen darf.“

EKD, 11.10.85, unter anderem auf dem Hintergrund der von der Bundesregierung genehmigten Pläne der Firma Rheinmetall zum Bau einer Munitionsfabrik in Saudi Arabien:

„Angesichts der offiziellen Ankündigung der Ausfuhr von Rüstungsgütern in den Vorderen Orient bedauert der Rat der Evangelischen Kirche (EKD), daß die schwerwiegenden Gründe gegen die Lieferung von Waffen in den Vorderen Orient und die entsprechenden Appelle keine Beachtung gefunden haben.“

Nähere Informationen:

BUKO-Koordinationsstelle „Stoppt den Rüstungsexport!“, Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/32 60 45

drei gekommen, die nächstes Jahr gemustert werden, und wollten näheres über die KDV wissen. Die Reaktionen waren eigentlich alle – bis auf den Artikel in der „Welt“ – sehr positiv. Die Lehrer an unserer Berufsschule haben sich schon überlegt, ob sie Geld sammeln, damit wir unsere Rechtsanwälte bezahlen können. Oder beim Willi in der Werkstatt – da wird Holzspielzeug gemacht und anschließend verkauft und das Geld kommt der Städtepartnerschaft mit Ni-

caragua zugute.

WUB: Ist für Euch schon entschieden, ob Ihr irgendwann noch einmal nach Nicaragua reisen werdet?

Willi: Klar. Wir werden wieder hingehen.

Joachim: Das ist für mich ein Grund, warum ich jetzt die Schreiner Ausbildung angefangen habe. Sobald ich fertig bin, will ich in Nicaragua arbeiten.

WUB: Willi, Joachim, ich danke Euch für dieses Gespräch. ☉

Anm. d. Red.:

Der Leiter des Kreiswehrersatzamtes Ulm, Herr Gauger, wird über einen Widerspruch gegen die Entscheidung des Ausschusses nicht vor Mitte Dez. 1986 entscheiden. Er ließ aber gegenüber der WUB durchblicken, daß er „wahrscheinlich schon“ Widerspruch einlegen wird. (Was wohl niemanden verwundern würde.) Für den Fall einer letztinstanzlichen Aberkennung unterliegen die Betroffenen der Wehrüberwachung und werden – wie andere vom Dienst in der Bundeswehr befreite Wehrpflichtige auch – der Ersatzreserve „zugeführt“. Im Verteidigungsfall können diese Personen zum Militärdienst einberufen werden.

Pressestimmen

... Unverständlich ist nur, wenn jemand in Nicaragua bewaffnete Verteidigung bejaht und sie zu Hause weiterhin ausschließt. Denn die Bundeswehr hat in ihrem Auftrag nichts anderes stehen, als daß sie im Falle eines Angriffs die Demokratie und ihre Bürger bewaffnet verteidigt. Unsere Soldaten sind keine skrupel- und gewissenlosen Militaristen... Die Bundeswehr verteidigt im Notfall unter anderem auch das Recht auf Kriegsdienstverweigerung.

(Sonntag aktuell, 27.4.86)

... Schon lange vermuten manche Kritiker, daß „Kriegsdienstverweigerung“ für viele in Wahrheit eine Chiffre für ideologische Staatsfeindlichkeit ist. Nicht nur durch den Auftritt der drei Brigadistas, sondern vor allem durch ihre Fürsprecher wird diese Frage aktualisiert. ...

(Die Welt, 21.8.86)

Es ist eine Tatsache, daß die „Contra“ nicht die reguläre nicaraguanische Armee als Angriffsziel wählt, sondern sie überfällt Bauerndörfer und kleine Ansiedlungen, brennt diese nieder und ermordet die Bauern und Aufbauhelfer. Jeder Mensch hat im Falle solch hinterücks geschender Überfälle das Recht auf Notwehr; auch ein anerkannter Kriegsdienstverweigerer, der nur seiner friedlichen Arbeit nachgehen will, braucht sich nicht wehrlos ermorden zu lassen.

(Selbstorganisation der ZDL, Sektion Stuttgart, Leserbrief in: Sonntag aktuell, 5.10.86)

... Es sind zwar zunächst „nur“ drei Verfahren. Aber sind das die einzigen mit selektivem Gewissen? Wie steht es etwa um die gewalttätigen Demonstranten, unter denen sich ziemlich viele anerkannte Kriegsdienstverweigerer befinden dürften? Die von ihnen eingesetzten Waffen sind zum großen Teil – wie Schleudern mit Stahlkugeln, Leuchtraketen – lebensgefährlich. Viele dieser Randalierer verstehen sich als „Partisanen“ im „revolutionären Krieg“ gegen unseren Staat, den sie nicht als ihren Staat zu empfinden lernten. Seltsamerweise schweigt sich die Polizei darüber aus, wie viele der festgenommenen Randalierer anerkannte Kriegsdienstverweigerer sind.

(Die Welt, 11.10.86)

... Das hat Degenhardt mit seinem legendären Song in brillanter Schärfe klar gemacht: „Atsch, die Antwort ist aber falsch! Die richtige Antwort ist, Sie bitten die Herren, mit der Vergewaltigung doch bitte aufzuhören!“ Oder auf das aktuelle Beispiel abgewandelt: „Sie müssen schon in der Lage sein, zuzusehen, wie die Contras ein ganzes Dorf oder Ihre Freunde umbringen!“ In meinen Augen ist es unterlassene Hilfeleistung und kein Zeichen von Gewaltlosigkeit, wenn sich jemand weigert, in einer konkreten Situation andere gegen Gewalt in Schutz zu nehmen, obwohl er die Möglichkeit dazu hat. ...

(Die Tageszeitung, 6.10.86)

... Die Reisenden nennen sich heute Brigadisten, eine modische Bezeichnung für sozialistische Fremdenlegionäre. ...

(Die Welt, 27.10.86)

... Ausschüsse für Kriegsdienstverweigerer und einzelne Verwaltungsgerichte gehen sogar weiter und meinen, auch wehrpflichtige Sanitätssoldaten könnten den Kriegsdienst nicht verweigern, weil die Tätigkeit im Sanitätsdienst mit leichten Handfeuerwaffen – bis hin zum leichten Maschinengewehr – „waffenloser Dienst“ sei. Der Einsatz von Waffen erfolgt in militärischen Verbänden und kann, falls es zum Kriege kommt, auch direkt im Kampfgebiet erfolgen. Trotzdem wird dieser Einsatz von Waffen Kriegsdienstverweigerern im Sanitätsdienst zugemutet.

Was hier in der Bundesrepublik als Notwehr oder Nothilfe für Verwundete gewertet wird, kann bei völkerrechtswidrigen – weil unter anderem vor allem gegen Zivilbevölkerung gerichteten – Angriffen in anderen Ländern nicht anders gewertet werden. Dieses Handeln in ziviler Notwehr oder Nothilfe ist rechtlich nicht zu beanstanden. Ob der einzelne sich daran beteiligt, muß er allein mit seinem Gewissen ausmachen.

Zentralstelle für Recht und Schutz der KDV, 31.10.86 (aus der Stellungnahme zu einem Artikel in der „Welt“ vom 29.10.86)

... so steht doch fest, daß sie sich bewußt ins Gefahrengebiet begaben und daß sie sich an der Waffe ausbilden ließen und per „Wachdienst“ die Chance herausforderten, wenn nicht suchten, auf nicaraguanische Freiheitskämpfer zu schießen.

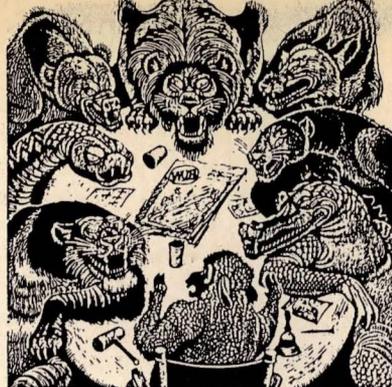
Warum sollten sie dann nicht für ihr deutsches Vaterland auf Wache ziehen? Weil sie Kommunisten sind und jederzeit ein Terrorregime gegen die Freiheit verteidigen würden, niemals aber den freiheitlichen Rechtsstaat gegen ein Terrorregime? ...

(Die Welt, 29.10.86)

Flüchtlingskinder



Foto: M. Storz



Geburtsgrüße

Fortsetzung von Seite 3

Ihr lieben WUB-Leser,
nun gibt es WUB schon seit 15 Jahren, und ich bin von der Redaktion gebeten worden, ein Grußwort zu schreiben, was ich hiermit gerne tue.

5 Jahre Redaktionsarbeit von WUB habe ich ja nun selbst auf dem Buckel. Es war eine Arbeit, die mir sehr viel Spaß gemacht hat, die aber auch sehr viel Energie und Nerven gekostet hat. Nichtsdestotrotz war sie notwendig und bleibt sie notwendig.

Immer wieder ist WUB Einseitigkeit und Parteilichkeit vorgeworfen worden.

Ich für meine Person habe es immer als wichtig empfunden, die Gewissensentscheidung der Kriegsdienstverweigerer zu stabilisieren und sie zu ermutigen, sich mit dieser Entscheidung in den Raum und die Arbeit der Kirche einzubringen. Ich hoffe, daß WUB in dieser Perspektive weitermachen wird.

Immer wieder hat WUB mit mehr oder weniger Erfolg den Gedanken vom Friedensdienst ohne Waffen und vom sozialen Friedensdienst propagiert. WUB hat versucht, seinen Beitrag dazu zu leisten, daß eine Ausgestaltung des Zivildienstes in diese Richtung wenigstens im Raum der Kirche Gestalt gewinnen konnte. Dies ist mehr oder weniger kläglich gelungen, und auch hier muß unverzagt weitergemacht werden.

Viel Arbeit für die neue Redaktion. WUB muß weiterbestehen, denn sonst geht ein wesentliches Instrument alternativer Zivildienstpolitik in diesem unseren Lande verloren.

Viel Kraft und alles Gute!

gez. Siegfried Rupnow

Liebe WUB-Redaktion,

WUB wird 15 und Pfr. Schäufole offizieller Ruheständler – als ich das im letzten Heft las, hatte ich einen „flash back“ an meine monatlichen WUB-Sitzungen 1972, als die bunten hektographierten Seiten gerade anfangen, in die Einrichtungen zu flattern. Daß dieses Pflänzchen mit seinen ersten Wurzeln in der Erde der Nach-68er-Zeit so beharrlich wachsen würde, hat sicher kaum einer der damals EDL genannten „Redakteure“ gedacht. Nach den eher düren Jahren der Mittsiebziger ist ja seit der Friedensbewegung das Klima für die Pflanze WUB bedeutend „ersprießlicher“ geworden. Und daß sich nicht mehr eine Basisgruppe die halbe Nacht um die Ohren schlägt, ehe sie sich wieder in halb Württemberg auf die Dienststellen verteilt, sondern die Gesamtherstellung in Profi-Hände gelegt wurde (werden mußte?) – nun gut, schöner ist es dadurch sicher geworden. Die letzte Nummer zeigt, daß der verantwortliche Redakteur jedenfalls noch nah genug an der Ökopaxe dran ist.

Ob mit „verantwortlichem Redakteur“ oder ZDLern, die WUB wieder in die eigenen Hände nehmen wollen – ich wünsche jedenfalls, daß dieses Blättchen weiterhin in der ZDL-Szene verwurzelt bleibt und einen Beitrag darstellt in dem existentiellen Kampf ums Überleben.

Christoph Albrecht
P.S.: Als ich vor wenigen Monaten mit einem Freund, der sich wie ich in der Ausländerpolitik der AL Berlin engagiert hat, über „früher“ sprach, erinnerte er sich plötzlich, mal eine zeitlang während seines Zivildienstes „an so einer Zeitschrift“ mitgearbeitet zu haben, „WUB oder so was ähnliches hieß die“. Sachen gibts ...

Christoph Albrecht, Jhrg. 1950 ist Zeitungsredakteur und lebt in Berlin.

15 Jahre WUB

Grußwort von Peter Hintze
(Bundesbeauftragter für den Zivildienst)

15 Jahre an- und manchmal aufregende Lektüre in Sachen Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst sind ein berechtigter Anlaß für Grüße aus der Zivildienstverwaltung. Wir fühlen uns von WUB zwar oft nicht richtig verstanden, aber das ändert nichts am anregenden Charakter der Lektüre einer jeden Ausgabe.

Die Zeit, auf die WUB zurückblicken kann, ist eine bedeutsame Phase in der Entwicklung des Zivildienstes. Dies wird schon im Blick auf zwei Zahlen deutlich: 1971 leisteten ca. 6000 Zivis ihren Dienst, heute sind es weit über 60000. Manche WUB-Forderung wurde in dieser Zeit verwirklicht: Die Abschaffung der mündlichen Prüfungsverfahren für alle ungedienten Erstantragsteller, der Abbau des unerträglichen Antragsstaus, die rasche Abwicklung der Anerkennungsverfahren.

Es würde mich freuen, auch einmal diese für den Antragsteller positiven Ergebnisse der Reform des Kriegsdienstverweigerungsrechtes in WUB dargestellt zu finden. Dies würde das kritische Selbstverständnis der Zeitung eher fördern. Ich erwarte mit Interesse, wie WUB in Zukunft die Arbeit des Zivildienstes begleiten wird.

Der Redaktion wünsche ich für ihre nicht leichte Aufgabe kreative Phantasie und das Maß an Objektivität, das wir als Leser von WUB erwarten dürfen.

gez. Peter Hintze



Was WUB-Leser sonst noch zu sagen hatten:

(natürlich den Spruch mit der Zigarette – und den gleich dutzendweise)

Weiter so WUB!

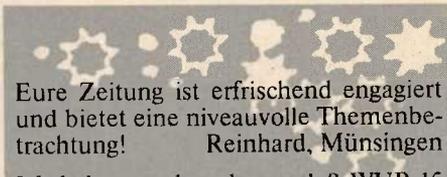
(Man muß die Dinge doch auf den Punkt bringen.) Thomas, Burgrieden

Ich ging am Main spazieren.
Hier riecht alles HOECHST unangenehm!
Klaus, Aalen

WUB ist eine sehr erfreuliche Kirchenströmung. Danke! Stephan, Ostfildern

Die Verweigerung von Oberleutnant Kaßberger hat mich sehr beeindruckt. Solche Texte machen Mut.

Albrecht, Hasel



Eure Zeitung ist erfrischend engagiert und bietet eine niveauevolle Themenbeachtung!
Reinhard, Münsingen

Ich habe gerade gelesen, daß WUB 15 wird. Dazu meine besten Glückwünsche, und macht weiter so! Mir hätte es zwar besser gefallen, wenn WUB in der alten Aufmachung geblieben wäre, aber lesen werde ich sie deshalb weiterhin. Nur könntet Ihr sie etwas früher verschicken, ich habe das Okt.-Heft am 24.11. bekommen, sonst könnt Ihr Euch die Rüstzeittermine sparen.

Holger, Wildbad

Briefe

Offener Brief der ZDLs
im MSHD-Bereich am
Diakonischen Amt Niendorf

An die Bundesministerin für
Jugend, Familie, Gesundheit und
Frauen
Prof. Dr. Rita Süßmuth

Hamburg, den 30.10.1986

Sehr geehrte Frau Ministerin!

In der „ZEIT“ vom 26.9.1986 fanden wir
beiliegende ganzseitige Todesanzeige.
Mit außerordentlicher Betroffenheit las-
sen wir die Leidensgeschichte des Wal-
ter Gerner.

Die Todesanzeige endet mit einem
Spendenauftrag zugunsten der Quer-
schnittabteilung in der Stiftung Ortho-
pädische Klinik in Heidelberg-Schlier-
bach. Wir haben gemeinsam beschlos-
sen, als Zivildienstleistende, die im
MSHD-Bereich (= Mobiler Sozialer
Hilfsdienst) auch mit Querschnittge-
lähmten zu tun haben und daher das
Leid auch mit eigenen Augen gesehen
haben, einen bestimmten Betrag zu
spenden.

Diese Spende hinterläßt allerdings ein
schales Gefühl. Wir können nicht verste-
hen, wieso eine Klinik Spenden benö-
tigt, wo doch „der Staat“ für seine
bedürftigen Mitglieder eine Fürsorge-
pflicht hat; in besonderem Maße für sol-
che Menschen, wie Walter Gerner. Kon-
kret lassen sich z. B. mit Spezialbetten
zur Dekubitus-Prophylaxe die entsetz-
lichen Schäden des Wundliegens vermei-
den.

Wir erwarten von Ihnen, als Ministe-
rin für Gesundheit, das Einfühlungsver-
mögen in das Schicksal eines Quer-
schnittgelähmten als Voraussetzung,
eine optimale Versorgung zu gewährlei-
sten.

Wir sehen die Gefahr, daß jeder durch
Unfälle zum Querschnittgelähmten
werden kann. Die Vertreter des Staates
haben daher die Aufgabe, das Vertrauen
aufzubauen, daß ein menschenwürdiges
Leben mit Hilfe des Staates auch weiter
möglich ist.

Mit freundlichen Grüßen
(12 Unterschriften)

Hoi, Ihr von der WUB-Redaktion!

Nachdem Ihr öfters über mangelnde
Resonanz klagt, will ich Euch hier einen
kleinen Beitrag für „unsere“ nächste
Nummer liefern:

Zivi-Team überraschte alle

Münsingen/Buttenhausen
Daß hinter dem selbsgewählten Leit-
spruch der ZDL = Zuverlässig
Dynamisch
Leistungsstark

nicht nur leere Worte stehen, bewiesen
die vier Läufer – alles z. Zt. „Dienende“ –
der ZDL-Staffel Buttenhausen beim
1. Münsinger Staffellauf über 4 x 1 500 m
in der dortigen Altstadt.

In einem Feld von 18 Mannschaften,

das Staffeln von Sportvereinen bis zur
Bundeswehr umfaßte, errangen die 4 Zi-
vis zur allgemeinen Überraschung den
hervorragenden 3. Platz. Besonders stolz
waren die ZDL darauf, die Bundeswehr-
staffel als 9.-Plazierte deutlich geschla-
gen zu haben. Nach diesem „Erfolg“
scheint jetzt auch vollends der Stein für
Dienstsport der ZDL des Landheims
Buttenhausen ins Rollen zu kommen.
Erfreulich wär's auf jeden Fall. Gut war
es auch, daß die Zivis nach dem Aktions-
tag gegen die Verlängerung des ZD wie-
der mal eine gemeinsame Aktion starte-
ten und so der Öffentlichkeit zeigen
konnten: ZDL = zuverlässig, dyna-
misch, leistungsstark – und nicht Druk-
keberger!

Mit besten Grüßen!

Hansjörg Eberhardt
ZDL im Landheim Buttenhausen

WUB Nr. 3/86, „Zielsetzungen christlicher Umweltethik“

1. Sie schreiben in Ihrem Artikel: „Ohne
eine Wandlung des Verhaltens des ein-
zelnen kommt es nicht zu einem umfas-
senden Lernvorgang in unserer Gesell-
schaft.“ Ich pflichte Ihnen in diesem
Punkt vollkommen bei. Nur vermis-
se ich hier den Hinweis auf eine Chance,
die uns der christliche Glaube gibt. Mei-
ner Ansicht nach ist ein von außen anset-
zender Sinneswandel für uns Menschen
nicht möglich. Die Änderung muß von
innen kommen (siehe z. B. Röm. 12,2).
Hier sehe ich eine ganz große Mög-
lichkeit, die uns der Glaube an Jesus Chri-
stus eröffnet.

2. Sie schreiben: „Nur über eine Än-
derung der wirtschaftspolitischen Ziele
und entsprechenden politischen Ent-
scheidungen können die Strukturen,
Rahmenbedingungen und somit auch
das Handeln der Menschen geändert
werden.“ Damit wird zwar das Handeln
des Menschen verändert, aber der
Mensch selbst ändert sich nicht. Ich den-
ke es reicht nicht, zu fordern, daß sich die
Strukturen ändern sollen. Macht der
Mensch die Strukturen oder machen die
Strukturen den Menschen? (Sicherlich
besteht da eine wechselseitige Bezie-
hung). Mir ist klar, daß viele Strukturen
ungerecht sind. Aber die Schuld an einer
ökologischen Krise kann weder den
Strukturen *allein*, noch dem Menschen
allein in die Schuhe geschoben werden.

3. Sie betonen in Ihrem letzten Ab-
schnitt die Wichtigkeit der christli-
chen Ethik. Das ist durchaus positiv,
doch fehlt mir auch hier ein entschei-
dender Gedanke. Christus (und Christen-
tum) sind doch mehr als Ethik. Nicht
derjenige, der ethisch-moralisch hoch-
stehend handelt, ist ein Christ, sondern
der, der sein Leben Christus zur Verfü-
gung stellt.

„Wer den Sohn hat, der hat das Le-
ben; wer den Sohn Gottes nicht hat, der
hat das Leben nicht.“

In diesem Sinne viele Grüße
ZDL Andreas Petzholz, Schifferstadt

Was unser RECHT

Kurzinfo über die Rechte und

Unsere Rechtsecke ist diesmal etwas
ausführlicher und richtet sich haupt-
sächlich an die Zivildienst-Neulinge
unter Euch. Das hat seinen Grund. Die
derzeitige Situation bei der „dienstli-
chen Unterrichtung und Belehrung der
ZDL“ (das ist BAZ-Sprache) ist in vie-
len Fällen unbefriedigend. Eine große
Anzahl unter Euch kann bei den ent-
sprechenden staatlichen Einführungs-
lehrgängen nicht teilnehmen. Die
Dienststellen selbst sehen sich in dieser
Angelegenheit oft überfordert. Aber das
„öffentlich-rechtliche Dienstverhält-
nis“, in dem Ihr jetzt steht, ist keine
Anstellung wie jede andere. Hier gibt es
besondere Pflichten und es gelten Ein-
schränkungen Eurer Rechte.
WUB will in Eurem eigenen Interesse
wenigstens in Grundzügen darüber in-
formieren. Wer spezielle Fragen hat,
oder wer die Kollegen auf Besonderhei-
ten hinweisen will, der möge uns schrei-
ben. Wir werden versuchen, auch wei-
terhin an dieser Stelle darauf einzuge-
hen.
d. Red.

1. Allgemeine Rechte und Pflichten

Als Zivildienstleistender

- habe ich die gleichen staatsbürgerli-
chen Rechte wie jeder andere Staats-
bürger; diese Rechte sind jedoch im
Rahmen der Erfordernisse des Zivil-
dienstes durch die gesetzlich begrün-
deten Pflichten beschränkt (§ 25 Zivil-
dienstgesetz - ZDG -);
- habe ich die freiheitlich demokratische
Grundordnung im Sinne des Grund-
gesetzes in meinem gesamten verhal-
ten zu achten (§ 26 ZDG);
- habe ich alles zu unterlassen, was das
Ansehen des Bundes und der Zivil-
dienststelle beeinträchtigt;
- habe ich meinen Dienst gewissenhaft
zu erfüllen, mich in die Gemeinschaft,
in der ich meinen Dienst ableiste, ein-
zufügen und darf durch mein Verhal-
ten den Arbeitsfrieden nicht stören
und das Zusammenleben innerhalb
der Dienststelle nicht gefährden (§ 27
Abs. 1 ZDG);
- habe ich mich auch außerhalb meiner
dienstlichen Unterkunft so zu verhal-
ten, daß das Ansehen des Zivildienstes
oder der Dienststelle bei der ich
Dienst leiste, nicht beeinträchtigt wird
(§ 27 Abs. 2 ZDG);
- habe ich einen Anspruch auf ungestör-
te Religionsausübung (§ 38 ZDG);
- habe ich die dienstlichen Anweisun-
gen des Bundesamtes, der Zivildienst-
stelle und ihrer Beauftragten zu befol-
gen (§ 30 Abs. 1 ZDG).

und Pflichten der Zivildienstleistenden

2. Rechte in Bezug auf den Dienst

Als Zivildienstleistender

- habe ich auch Anspruch darauf, über Änderungen bzw. Neuerungen des Zivildienstrechtes durch meine Zivildienststelle unterrichtet zu werden (§32 Abs.2 ZDG; Leitfaden für die Durchführung des Zivildienstes - Leitfaden Abschnitt D5);
- bin ich berechtigt, während und nach Ableistung meines Zivildienstes auf Antrag meine Personalakte einzusehen (§36 ZDG);
- kann ich zu einer angemessenen Zeit vor Beendigung meines Zivildienstverhältnisses die Ausstellung eines Dienstzeugnisses beantragen (§46 Abs.2 ZDG; Leitfaden B5 Nr.3);
- habe ich die Anträge und Beschwerden auf dem Dienstweg über meine Zivildienststelle vorzubringen (§41 Abs.1 ZDG; Leitfaden B8 Nr.2);

3. Verhalten im Dienst

Als Zivildienstleistender

- habe ich die mit meinem Dienst verbundenen Gefahren auf mich zu nehmen, insbesondere wenn es zur Rettung von Menschen aus Lebensgefahr oder zur Abwendung von Schäden, die der Allgemeinheit drohen, erforderlich sein sollte (§27 Abs.3 ZDG);
- habe ich keinen Anspruch auf einen meinen Fähigkeiten entsprechenden Einsatz; ich kann zu allen Arbeiten herangezogen werden, die in der Beschäftigungsstelle im Rahmen der Anerkennung anfallen und zu denen ich nach dem Ergebnis der Einstellungsuntersuchung fähig und geeignet bin;
- habe ich mich ausbilden zu lassen, wenn es die Zwecke des Zivildienstes erfordern (§27 Abs.4 ZDG);
- bin ich zur Verschwiegenheit über alle mir bei meiner dienstlichen Tätigkeit bekanntgewordenen Angelegenheiten, auch nach meiner Entlassung aus dem Zivildienst, verpflichtet (§28 Abs.1 ZDG);
- darf ich ohne Genehmigung des Bundesamtes über dienstlich bekanntgewordene Angelegenheiten weder vor Gericht noch außergerichtlich Aussagen oder Erklärungen abgeben (§28 Abs.2 ZDG);
- darf ich mich im Dienst nicht zugunsten oder zuungunsten einer politischen Richtung betätigen. Das Recht, im Gespräch mit anderen meine Meinung zu äußern, bleibt unberührt (§29 Abs.1 ZDG);

- habe ich im Falle einer schuldhaften Verletzung der mir obliegenden Dienstpflichten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen (§34 Abs.1 Satz1 ZDG);
- kann ich mich als Vertrauensmann bzw. Stellvertreter wählen lassen, sofern in meiner Zivildienststelle fünf oder mehr Zivildienstleistende beschäftigt sind (§37 Abs.1 ZDG; Leitfaden B7);
- kann ich meine Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit einer dienstlichen Anordnung geltend machen. Die Bestimmungen des §30 ZDG sind von der Dienststelle bekanntzugeben (siehe Leitfaden C2 und C4);
- richtet sich meine Arbeitszeit nach den am Arbeitsplatz für einen vergleichbar zivilen Beschäftigten geltenden Arbeitszeitbestimmungen bzw. sofern derartige Bestimmungen nicht bestehen, nach den für Bundesbeamte maßgeblichen Vorschriften über die Arbeitszeit (§32 Abs.1 ZDG; Leitfaden D3);
- kann ich für geleistete Überstunden unter Berücksichtigung der diesbezüglichen dienstlichen Belange Freizeitabgeltung geltend machen (siehe Leitfaden, Abschnitt D3);
- ist die Benutzung meines persönlichen PKWs für Dienstfahrten grundsätzlich nicht gestattet und in Ausnahmefällen sind die entsprechenden Regelungen zu beachten (Leitfaden D2 Nr.2).

4. Wohnen

Als Zivildienstleistender

- darf ich innerhalb der dienstlichen Unterkünfte und Anlagen durch meine freie Meinungsäußerung während der Freizeit das Zusammenleben in der Gemeinschaft nicht stören (§29 Abs.2 ZDG);
- darf ich innerhalb der dienstlichen Unterkünfte und Anlagen nicht durch Ansprachen, Verteilen von Schriften oder als Vertreter einer politischen Organisation als Werber für eine politische Gruppe wirken (§29 Abs.2 Satz2 ZDG);
- bekomme ich für eine eigene gemietete Wohnung unter Umständen die Kosten von der örtlichen Unterhaltungsbehörde erstattet. Bei Dienstleistenden mit Heimschlaf-erlaubnis und bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen trägt die Beschäftigungsstelle die Miet- und Nebenkosten, sofern keine Kostenerstattung durch die Unterhaltungsbehörde erfolgt.

5. Freizeit

Als Zivildienstleistender

- darf ich eine Nebentätigkeit nur nach Genehmigung durch die zuständige Verwaltungsstelle ausüben (§33 ZDG; Leitfaden B6 Nr.1);
- habe ich Urlaub und Dienstbefreiungen rechtzeitig mit meiner Zivildienststelle abzustimmen;
- habe ich einen Rechtsanspruch auf insgesamt 41 Werktage Erholungsurlaub für die Gesamtdienstzeit von 16 Monaten; bzw. 52 Werktage bei einer Gesamtdienstzeit von 20 Monaten (§35 Abs.1 ZDG in Verbindung mit der Soldatenurlaubsverordnung; Leitfaden E2);
- kann mir unter bestimmten Voraussetzungen Urlaub bzw. Dienstbefreiung unter Beibehaltung der Geld- und Sachbezüge gewährt werden (§35 Abs.1 ZDG in Verbindung mit der Soldatenurlaubsverordnung; Leitfaden E9);
- darf ich ohne besondere Genehmigung Urlaubsreisen auch in das Gebiet außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) unternehmen. Urlaubsreisen in und durch den Kommunistischen Machtbereich sind vor Antritt der Reise jedoch anzuzugehen (siehe Leitfaden E8);

6. Verhalten im Krankheitsfall

Als Zivildienstleistender

- habe ich im Falle meiner Dienstunfähigkeit unverzüglich ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, sofort (nicht erst am dritten Tag der Dienstunfähigkeit) die Dienststelle zu verständigen und eine Dienstunfähigkeitsbescheinigung vorzulegen (Leitfaden G5);
- habe ich während meiner Dienstzeit Anspruch auf freie Heilfürsorge, Geld- und Sachbezüge nach Maßgabe der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften (§35 Abs.1 ZDG; Leitfaden G4);
- habe ich Anspruch auf die Auszahlung des Verpflegungsgeldes, sofern nicht die Möglichkeit besteht, an der Gemeinschaftsverpflegung teilzunehmen bzw. eine solche von der Dienststelle bereitgestellt werden kann (siehe Leitfaden F6);
- kann ich bei Familienheimfahrten Reisebeihilfen nach den einschlägigen Bestimmungen erhalten (siehe Leitfaden F12).

Wohin mit 33 Millionen

... fragt die Friedenspolitische Werkstatt Bielefeld und meint damit Eure Knete, d. h. die Entschädigung, die ein ZDL für das Tragen der eigenen Kleidung im Dienst erhält. Dahinter steht folgende Überlegung:

Wer das Kleidergeld für das Tragen der eigenen Kleidung im Dienst in Anspruch nimmt und wenn seine Eltern ihn ausreichend mit Kleidung versorgen, der könnte dieses Geld monatlich durch einen Dauerauftrag auf das Konto einer Friedensinitiative anweisen.

Das wären, bei DM 1,10 täglich, 33 DM im Monat oder 660,- DM in 20 Monaten.

Da zur Zeit ca. 50 000 ZDL Dienst leisten, ständen verschiedenen Friedensinitiativen DM 33 Millionen zur Verfügung. „Nur vom Frieden zu reden, bringt uns keinen Schritt dem Weltfrieden näher“, sagt die Friedenswerkstatt mit Recht und ruft daher alle ZDL dazu auf, „während ihres Zivildienstes das Kleidergeld, das sie für das Tragen der eigenen Kleidung im Dienst als Uniformersatz erhalten, durch Dauerauftrag in Höhe von monatlich DM 33,- auf ein Notar-anderkonto einzuzahlen.“

Damit jeder ZDL mitbestimmen kann, wofür sein Geld verwendet wird, findet in der Bildungsstätte der Evangelischen Kirche von Westfalen, Haus Viligst, eine Vollversammlung für im Dienst befindliche ZDL statt, die sich zur Zahlung des Kleidergeldes verpflichtet haben.

Auf dieser Vollversammlung stellen Friedensinitiativen, z. B.

- Aktion „Sühnezeichen/Friedensdienste“
- Aktion „Ohne Rüstung leben“
- Aktion „Eirene“
- Aktion „Service Civil International“
- ...

ihre Projekte vor. Nur die im Dienst befindlichen ZDL bestimmen mehrheitlich, welches Projekt in welcher Höhe von ihnen gefördert wird.

Dieser „Stiftung Friedenspreis“ steht ein Kuratorium vor. Dies besteht aus

- dem 1. Vorsitzenden der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e.V. als Treuhänder
- einem Mitglied der Friedenspolitischen Werkstatt als Treuhänder
- einem Notar als Treuhänder

Dieser Kreis bereitet die Vollversammlung vor und sorgt für die ordnungsgemäße Abwicklung der Spendengelder, ohne daß Verwaltungskosten entstehen.“

Nähere Informationen und die Verpflichtungserklärung sind zu erhalten bei:

Kuratorium „Stiftung Friedenspreis“
Friedenspolitische Werkstatt
Postfach 3106
4800 Bielefeld 1

Bei derselben Adresse ist ein neuer-schienenener „Leidfaden für ZDL“ zu bestellen (Infos zur KDV, Rechte und Pflichten der ZDL) DIN A 5, ca. 150 S., Preis s. S. 26



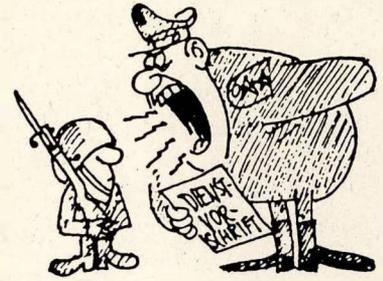
Aus: WUB, Nov. 1979

Wettbewerb für Künstler

„Seht, welch ein Mensch - Künstler und Dritte Welt“ heißt das Thema eines Wettbewerbs, den die Aktion „Brot für die Welt“ unter Einbeziehung des Kirchentagsmottos 1987 für bildnerisch tätige Künstler in der Bundesrepublik und West-Berlin ausgeschrieben hat. Die Einsendungen sollen Vorurteilen gegenüber anderen Rassen entgegenreten,

der jahrtausendealten Kultur fremder Völker Rechnung tragen und den Blick erneut auf die Würde des fremden Mitmenschen richten. Während des Kirchentages werden die Arbeiten in Frankfurt ausgestellt. Ausschreibungsunterlagen können bei „Brot für die Welt“, Pressereferat, Postfach 476, 7000 Stuttgart 1, angefordert werden. Einsendeschluß zur Prämierung ist der 31. Januar 1987.

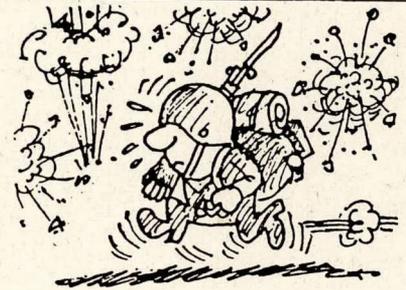
"Schule der Nation" / Ausbildung in fünf Lektionen



Deutsch



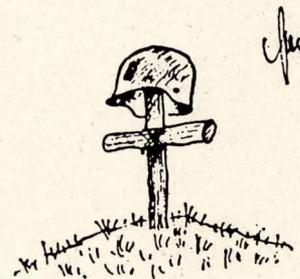
Rechnen



Leibesübungen



Fremdsprachen



Erdkunde

Aus: WUB, Sept. 1977

Urteile, Bescheide, Fundsachen.

Arnsberg, den 18. Sept. 1986

Zuschriften mit Bild erwünscht

Verwaltungsgericht Arnsberg
Der Richterstatter
der 3. Kammer
Herren Rechtsanwälte
4630 Bochum 1

Sehr geehrte Herren Rechtsanwälte!
In dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren ist das Gericht für eine
Übersendung eines zurückzugebenden Lichtbildes des Klägers (Auto-
maten-Paßphoto) dankbar.
Hochachtungsvoll
Richter am Verwaltungsgericht
(Wie die Rechtsanwälte ihrem Mandanten mitteilen, will das Gericht
deshalb ein Photo des Klägers in der Akte, damit die Richter bei
der Urteilsberatung, die wohl erst nach mehreren Verhandlungen am
gleichen Tage stattfindet, die Kläger noch auseinanderhalten können.)

Gesucht: Verteidigungskonzept mit Überlebensgarantie

(Aus einem Bescheid des Ausschusses für KDV beim KWEA Gelsen-
kirchen vom 20.6.1984)
Wenn der Antragsteller also hier die militärische Verteidigung ab-
lehnt, weil sie zur Tötung von Menschen führen würde, wenn er sich
andererseits aber aus seiner Sicht mit Nachdruck dafür ausspricht,
daß Menschen andere Verteidigungsmöglichkeiten üben sollten, die
zu ihrer eigenen Tötung führen können, dann kann es dem Antragstel-
ler schlechterdings entscheidend nicht um die Bewahrung von Menschen-
leben gehen, vielmehr kann dann die Verweigerung nur damit motiviert
sein, daß der Antragsteller der Entstehung von Kriegen allgemein
entgegentreten und selbst ein Zeichen für Frieden und Abrüstung
setzen möchte.
Nach alledem sah sich der Ausschuss denn auch nicht in der Lage,
mit hinreichender Sicherheit anzunehmen, daß der vorliegende An-
trag tatsächlich auf der geforderten Gewissensentscheidung im Sin-
ne des Art. 4 Abs. 3 Grundgesetz und des § 1 KDVG beruht und der
Antragsteller voraussichtlich an seiner Persönlichkeit schweren
Schaden nehmen würde, wenn er als Soldat der Bundeswehr im Ver-
teidigungsfalle Dienst mit der Waffe leisten müßte.
Unter den genannten Umständen war der Ausschuss folglich nicht
in der Lage, dem Antrag zu entsprechen.
...war vielmehr zu entscheiden, daß der Antragsteller nicht be-
rechtigt ist ...

Zivis gesucht!

(Zivildienst-)Stellenangebote für Kriegsdienstverweigerer

2KDVer gesucht für eine Zivildienst-
stelle im Bereich: Bewußtseinsbil-
dung - Dritte Welt (audio-visuelle
Praxis notwendig) und eine Stelle in
der Arbeit mit Kindern (Vorkennnis-
se im Bereich Sozialarbeit - Pädago-
gik erforderlich)

Gesellschaft „Solidarität mit den
Gastarbeitern“ sucht KDVer zur Zu-
sammenarbeit mit freiwilligen Hel-
fern und Betreuung von Jugendli-
chen.

Secours Catholique, Lyon, recherche
2 objecteurs pour septembre 86. Un
poste au service «animation-dévelop-
pement tiers-monde» avec pratique
audiovisuelle nécessaire. 2^e poste au
«service enfance», compétences dans
les domaines socio-culturel et éduca-
tif exigées.

L'Association de Solidarité avec les
Travailleurs Immigrés recherche un
objecteur pour un travail de collabo-
ration avec les bénévoles et d'anima-
tion auprès des jeunes.

Friedenspädagogisches Zentrum
sucht KDVer zur Teilnahme an allen
oder einigen der angebotenen Aktivi-
täten: Bauarbeiten, Empfang von
Gruppen, Bildungsangebote, Hau-
sarbeit usw. ... Teamarbeit, Ausbil-
dung in Verteidigungsfragen. Vor-
stellenantritt Aufenthalt zur Kon-
taktnahme erforderlich.

„Gewaltfreiheit aktuell“ sucht KD-
Ver zur Abonnementsverwaltung
und Mitarbeit an der Zeitschrift.

„Bewegung für eine gewaltfreie Al-
ternative“ sucht KDVer für die Lan-
desgeschäftsstelle. Weitere Zivi-
lisdienststellen sind verfügbar, um Fri-
densgruppen vor Ort zu betreuen,
Forschungsarbeiten über gewaltfreie
Verteidigung durchzuführen usw.

LEIDER können die angebotenen Zi-
vildienststellen nur mit (anerkannt-
ten) KDVer aus FRANKREICH be-
setzt werden. Dort sind - wie man
sieht - die Möglichkeiten für den Ein-
satz von ZDL wesentlich breiter gefä-
hert als bei uns ...

Le Cun du Larzac, recherche objec-
teurs pour novembre 86 pour partici-
pation à toutes ou partie des activités
du centre: chanter, accueil, forma-
tion, entretien, etc. ... Travail en
équipe, formation aux questions de
défense. Séjour de prise de contact
avant l'incorporation demandé.

Non-Violence Actualité, votre revue
préférée, recherche pour novembre
86 objecteur pour gestion des abon-
nements (informatique) et participa-
tion à l'animation de la revue.

Le MAN, recherche un objecteur
pour son secrétariat national de Mon-
targis. D'autres postes sont disponi-
bles pour animer des groupes locaux,
effectuer des recherches sur la défen-
se non-violente, etc. ...

Die Stellenanzeigen wurden der Juli/
August-Nummer der französischen
Zeitschrift „Non-Violence Actualité“
(Gewaltfreiheit aktuell) entnommen.
Mitgeteilt durch
Friedhelm Schneider, Speyer

Hermann Vinke:

Gustav Heinemann

Lamuv-Verlag, Taschenbuch Nr. 44
DM 12,80

Besprochen von Joachim Ziegenrucker, Hamburg

Manche nennen seinen Namen nicht mehr, weil sie diesen Namen vergessen machen wollen. Manche haben ihn auch wirklich vergessen, weil ihnen das Nachdenken über die geistigen und sittlichen Grundlagen unseres Gemeinwesens lästig geworden ist. Wer sich die gesellschaftliche und politische Wirklichkeit unserer Republik redlich vor Augen hält, kennt die Seichtheit und Verflachung, von der sie gekennzeichnet ist.

Der langjährige NDR-Korrespondent in Tokio, Hermann Vinke, gehört zu den Menschen in unserer Gesellschaft, die sich ein lebendiges und dankbares Wissen bewahrt haben von der Persönlich-

keit und Bedeutung des Christen und Bürgers Gustav Heinemann. Er zeichnet uns das Bild eines Mannes, der im Deutschen Bundestag den Satz wagte, daß Christus für uns alle gestorben ist, und dessen letztes Wort an seine Berliner Freunde war „Standhaft bleiben! Standhaft bleiben!“. Er macht uns deutlich, was dieser Protestant und Staatsmann für unser Land gewesen war und heute noch ist. In den Tiefen und auf den Höhen seines Lebensweges war Gustav Heinemann das, was er sagte – und sagte das, was er war. Seine Äußerungen zum Frieden, zu den Streitkräften und zur Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen haben ihr moralisches und sachliches Gewicht behalten. Sie sind in die gegenwärtigen und kommenden Auseinandersetzungen von uns einzubringen und zu vertreten. An Gustav Heinemann lernt man, was es heißt ein „Christ in der Demokratie“ zu sein.

Friedenspädagogik

Noch ein Geburtstag: der Verein für Friedenspädagogik Tübingen existiert nunmehr seit 10 Jahren.

In dieser Zeit wurde der Verein zu einer anerkannten Fach- und Beratungsstelle, die für alle Fragen der Friedenserziehung kompetenter Ansprechpartner ist. Wohl einmalig in ihrer Form dürfte die öffentliche Leihbibliothek sein, die man in der Tübinger Bachgasse zu allen Themen der Friedensarbeit unterhält: über 6000 Bücher, eine umfangreiche Dossiersammlung, ein Organisationsarchiv und eine Plakatsammlung stehen bereit, sowie ein Medienverleih mit Tonbildserien und Videos.

Aber bekanntlich geben die Friedenspädagogen auch selber Schriften heraus: 38 Bücher und Broschüren mit einer Gesamtauflage von über 110 000 Exemplaren waren es bisher. Im November trafen bei der WUB-Redaktion gleich 4 Neuerscheinungen ein:

1. Der Rundbrief 3/86, „10 Jahre Verein für Friedenspädagogik“

2. „Pazifi(sti)sche Träume“, aus der Reihe Basis-Info die Broschüre Nr. 4 über die Militarisierung der Südsee und den Widerstand der Bevölkerung (sehr zu empfehlen!)

3. Das Basis-Info Nr. 5: Rüstungsindustrie in Baden-Württemberg (32 S., DIN A 5, DM 3,-)

4. und schließlich aus der berühmten Reihe „Materialien“ die 10. Nummer: „Rüstung und Wirtschaft“. In bewährter sachlicher und tiefeschürfender Manier wird auf 114 Seiten die bundesdeutsche Rüstungsproduktion durchleuchtet: die historische Entwicklung, das Geschäft mit der Rüstung, Rüstungsforschung, Werbung, Folgen der Rüstungsausgaben und Rüstungskonversion sind die Themen. Dazu – wie immer – umfangreiche Literaturhinweise. Und das alles (114 S., DIN A 4) zum Preis von ganzen DM 12,-.

Adresse:

Verein für Friedenspädagogik
Bachgasse 22
7400 Tübingen 1

Winnie Mandela: Ich gebe nicht auf

H. u. A. Serfontein, Wil van Neerven,
Niederlande 1985

43 Min., Farbe, Dokumentarfilm, 16 mm
Verleih: alle Ev. Medienzentralen und
EZE/Matthias-Film, Gänsheidestrasse 67, 7 Stuttgart 1

Der Film porträtiert die Familie Mandela, indem er vor allen Dingen Winnie Mandela, die Frau des seit 1964 inhaftierten Führers des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) berichten läßt.

Sie schildert in großer Eindringlichkeit, was es für eine schwarze Südafrikanerin bedeutet, mit einem Gegner des Apartheid-Regimes verheiratet zu sein. Die Kinder wuchsen ohne Vater auf, und Winnie Mandela wurde mehrere Male wegen politisch mißliebiger Äußerun-

gen inhaftiert oder war gezwungen, in der Verbannung zu leben. Sie läßt keinen Zweifel daran, was aus Südafrika zukommen wird, wenn es nicht bald gelingt, einen friedlichen Ausgleich zwischen Schwarzen und Weißen zu erreichen; – wobei die Chancen für einen friedlichen Ausgleich von Tag zu Tag geringer werden, weil immer weniger Farbige an die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung glauben.

Bücherpreise (i.S. der DBP)

Rüstungsexport und politische Verantwortung (Argumentationshilfen gegen bundesdeutsche Rüstungsexporte – nicht nur für den Wahlkampf)
A 4, 20 S., DM 3,50

Kidron/Segal, Hunger und Waffenrororo-aktuell Nr. 4726, DM 25,-
DFG/VK Kassel, KDV in Südafrika
A 4, 36 S., DM 4,-

Matthias · Vomstein: Gewaltfrei kämpfen. Erhältlich gegen Einzahlung von DM 5,- auf Kto. Nr. 226 902-468 (BLZ 440 10046) beim Postgiroamt Dortmund für: Intern. Versöhnungsbund, Gruppe Münster, c/o Winfrid Lutz, Sprickmannstr. 31, 4400 Münster.

Leidfaden für ZDL, DM 12,-

„Südfrüchte aus Oberndorf“

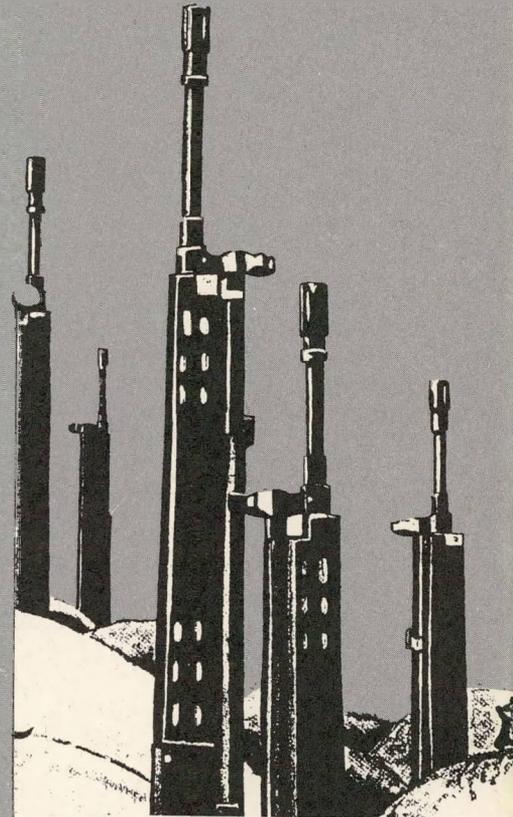
Autor: W. Landgraeber
Dokumentarfilm, 16 mm

45 Min., Farbe, BRD 1983/84

Verleih: Evang. Medienzentralen
Besprochen von Karl Leonhäuser,
Kassel

Schon der Filmtitel macht stutzig. Oberndorf klingt nicht nach Südfrüchten. Oberndorf ist eine kleine Stadt am Neckar in Baden-Württemberg.

Die „Früchte“ aus dieser Stadt sind nicht gesund – im Gegenteil – sie werden eingesetzt in Krieg und Bürgerkrieg und verursachen Leid und Tod. Es sind Waffen, die von der Firma Heckler & Koch seit 170 Jahren produziert werden. Manche sind stolz darauf, daß das Gewehr G 3 in 60 Ländern der Erde von Polizei und Militär eingesetzt wird. Auf wohl keinem Kriegsschauplatz der Welt fehlen Waffen aus Oberndorf. Nicht immer kommen sie legal dahin. Waffenexport außerhalb des NATO-Bereiches ist beschränkt. Doch wenn der Verkauf nicht erlaubt ist, dann erhalten Gewehre und Maschinen Tarnbezeichnungen. Nun ist von Orangen und Bananen die Rede, wie sich aus den Unterlagen eines Verkaufsagenten ergibt. Selbst die Lieferung einer kompletten Gewehrfabrik findet auf verschlungenen Kanälen nach Mexiko statt. Der Dokumentarfilm von



Südfrüchte aus Oberndorf

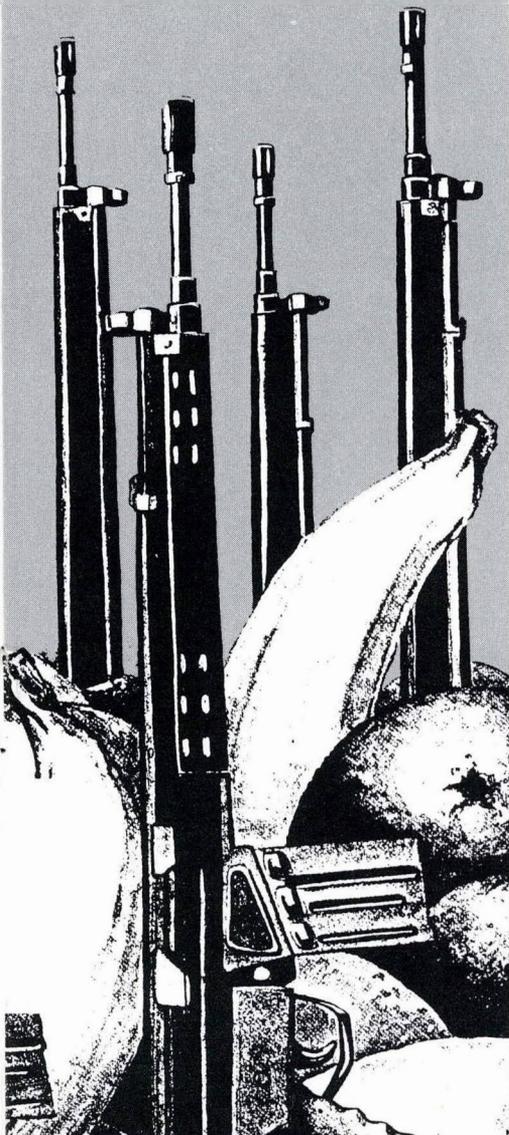


Wolfgang Landgraber will von den Menschen ausgehen, die mitten im Frieden vom Krieg leben, die Waffen herstellen, weil sie sonst keinen Arbeitsplatz in einer strukturschwachen Gegend finden. Er spricht mit ihnen, mit Arbeitern, Geschäftsleuten, Bürgern, Betriebsräten und Leuten am Stammtisch. Ein Betriebsrat antwortet nachdenklich auf die Frage, ob er Gewissensbisse habe, wenn er Fernsehaufnahmen sieht, die durch H. & K.-Gewehre getötete und verwundete Menschen zeigen: „Wenn ich hart bin, nein. Ich habe nicht zu vertreten, was mein Arbeitgeber produziert.“ – Ob er immer hart ist?

Wer sich in einer Gruppe mit Waffenexport beschäftigt, dem sei dieser Film empfohlen. Er gibt keine einfache Antwort, aber er gibt Grundlageninformationen für das Gespräch über Rüstungsproduktion und Waffenexport, besonders in die „Dritte Welt“.

Themen und Fragen, die sich nach dem Film eindringlich stellen, sind: Soll ein Arbeiter lieber arbeitslos sein als im Rüstungsbereich arbeiten? Ist die Umstellung von militärischen auf zivile Produkte möglich und wünschenswert? Wo werden die Waffenexportbeschränkungen offiziell seit der „Wende“ gelockert und wo (mit Duldung?) umgangen?

Wie kann man mit den Betroffenen (Rüstungsarbeiter, Betriebsräte, Fabrikanten, Politiker) diese Problematik weiterführen?



Erich Fried

Bethlehem heißt auf deutsch Haus des Brotes

Jetzt ist wieder ein Kind verhungert
Jetzt ist wieder ein Kind verhungert
Diesen Satz kannst du sagen
sooft du willst

Während du ihn sagst
verhungert wieder ein Kind
denn du brauchst zu dem Satz
etwa zweieinhalb Sekunden

Das ist ungefähr richtig
dann 12 Millionen Kinder
verhungern in jedem Jahr
Jetzt ist wieder ein Kind verhungert
Halt: Das stimmt nicht

In Wirklichkeit sind es viel mehr
Gezählt wurden hier nur die Kinder
im Alter von unter fünf Jahren

Die älteren Kinder
sind gar nicht mitgerechnet
auch nicht die Väter und Mütter
die gleichfalls verhungern

Verglichen etwa
mit dem Kindermord des Herodes
zu Bethlehem
sind auch 12 Millionen schon viel

Doch es gibt größere Zahlen
zum Beispiel Rüstungsausgaben:
derzeit fünfhundertfünfzig
Milliarden Dollar im Jahr

Das geben die Herren der Welt aus
in *einem* Jahr
zu ihrem Schutz voreinander
und jedes Jahr wird es mehr

Auch König Herodes hat damals
die Kinder in Bethlehem
sterben lassen

um seine Herrschaft zu schützen
550 Milliarden
durch 12 Millionen Kinder
das ergibt pro verhungertes Kind
125 Dollar am Tag

Mit weniger als
einem einzigen Dollar am Tag
hätte keines von diesen Kindern
verhungern müssen

Und auch wenn wir nicht nur die
Kleinsten

sondern alle Hungernden nehmen
kommen auf jeden von ihnen
150 Dollar im Monat

Nur kommt dieses Geld nicht wirklich
zu diesen Menschen:

Nicht 150 Dollar
im Monat für jeden der hungert
und nicht 125

täglich für jedes Kind
unter fünf Jahren das hungert
sondern gar nichts: Drum sterben
sie weiter

Herodes wollte sich schützen
wie die Herren von heute – doch er
ließ in Bethlehem nur eine Handvoll
Kinder sterben

Keine 12 Millionen im Jahr
Jetzt ist wieder ein Kind verhungert
Und Bethlehem heißt auf deutsch
Haus des Brotes

Quelle: „Zur Zeit und zur Unzeit“ Erich Fried,
Bund-Verlag GmbH, Köln, 1981
Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Ver-
lages

Gedichte von Lesern

„Gleiches mit gerechterem vergelten. –
Wenn die Soldaten
sich im Schießen üben,
so dürfen WIR
nicht zögern
im „Einander verstehen“
uns ebenbürtig
hoch zu rüsten“

Der verkabelte Idealist. –
Zwölf Programme bieten sich mir feil
habe Sex und Crime zur freien Wahl.
Die Stationen werben um die meine
Gunst

indem sie mich befreien von
der Schöpfungskunst.
Geben sie mir doch nach des Tages
raffen

endlich die ersehnte Zeit
zum begierend gaffen.

Einhundert Sender empfangen ich,
höre Moskau, Rias, Rom,
Tokio, Lima und wer weiß was noch.
Doch „the voice of god“
nach dieser Länge
da kurbele ich mit wunden Fingern
leider immer noch.

Die Überzeugung von der Schönheit
und Beständigkeit des Geschaffenen ist
die Burg des Menschen.

Der Zerstörungswille angehäuften
Waffenpotentials legt Unschlüssigkeit
und Angst an die Grundfeste menschlicher
Existenz.

„Der Preis der Freiheit ...“ ist der heimatlose Mensch.

„Der Preis der Freiheit .../ Zitat von
Wörner“

ZDL Knut Brückmann
3501 Niestetal

WUB Nr. 1/87

erscheint im Febr. 1987
(Redaktionsschluß 25.1.87)

Themenschwerpunkt:

Freiwillige Friedensdienste

Was ist das?

Welche Möglichkeiten gibt es?

Die WUB-Redaktion wünscht allen
Lesern und Leserinnen ein gesegnetes
Weihnachtsfest und einen guten Start
ins Neue Jahr!

RÜSTZEITEN / WERK- WOCHEN

sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern.

Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfaden E 5 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu 200 km (einfache Strecke) erstattet.



Hiermit bestelle ich wub bis auf Widerruf.

Ein Jahres-Abonnement kostet DM 10,-
(4 Hefte einschl. Versand)

Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung
für das laufende Kalenderjahr.

(Name, Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(PLZ, Ort)

(Datum, Unterschrift)

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim WUB-Vertrieb, (Adresse, s. unten) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

(Datum, Unterschrift)

Bitte ausschneiden und senden an:

Büro Pfarrer Helmut Schlüter
Vertrieb „was uns betrifft“
Kartäusergasse 9 · 5000 Köln 1

16.2. – 20.2. 1987

23.2. – 27.2. 1987

23.3. – 27.3. 1987

Anmeldeformulare:

9.2. – 13.2. 1987

23.2. – 27.2. 1987

23.3. – 27.3. 1987

Anmeldeformulare:

23.3. – 27.3. 1987

Anmeldeformulare:

26.1. – 30.1. 1987

23.2. – 27.2. 1987

30.3. – 3.4. 1987

Anmeldeformulare:

21.1. – 25.1. 1987

9.2. – 13.2. 1987

9.3. – 14.3. 1987

Anmeldeformulare:

23.2. – 27.2. 1987

23.3. – 27.3. 1987

Anmeldeformulare:

23.2. – 27.2. 1987

30.3. – 3.4. 1987

Anmeldeformulare:

19.1. – 23.1. 1987

2.2. – 6.2. 1987

23.2. – 27.2. 1987

9.3. – 13.3. 1987

Anmeldeformulare:

19.1. – 23.1. 1987

16.2. – 20.2. 1987

9.3. – 13.3. 1987

16.3. – 20.3. 1987

Anmeldeformulare:

Baden:

St. Arbogast bei Bregenz: Zivildienst in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich – Begegnung von ZDL und Zivildienern

Neckarzimmern: Soziale Verteidigung – die Alternative der Kriegsdienstverweigerer

Oppenau/Schwarzwald: Zwischen allen Stühlen – Rüstzeit für Vertrauensleute aus Baden und Württemberg

Kurt Kern und Theodor Ziegler, Amt für Jugendarbeit, Postfach 2269, 7500 Karlsruhe 1, Tel. (07 21) 16 83 33 und 16 83 27

Bayern

Altdorf-Prackenfels: „Mit Sterbenden leben – wir versuchen einander zu helfen“

Lautertal-Neukirchen: „Spielend uns und die Welt verändern – Theater der Unterdrückten“

Rödelsee-Schwanberg (Ufr.): „Meditation – Hinführung und Einführung“

Wolfgang Langenbach, Gudrunstr. 33, 8500 Nürnberg 40, Telefon (09 11) 43 04-238

Hessen-Nassau

Höchst/Odw.: „Umgang mit Kranken und Sterbenden“

Reinhard Becker, Kiesstraße 18, 6100 Darmstadt

Telefon (0 61 51) 4 40 88

Kurhessen-Waldeck

Hess.-Lichtenau: Spurensicherung (auf dem Gelände einer ehemaligen Munitionsfabrik)

Bad Orb: Frieden schaffen mit und ohne Waffen (gemeinsam mit Soldaten)

Bad Hersfeld: Spiele in verschiedenen Kulturen

Arbeitsstelle KDV + ZDL, Hugo-Preuß-Str. 2, 3500 Kassel, Telefon (05 61) 3 50 97

Niedersachsen

Bückeburg: „Spielräume – Konfliktlösungen im persönlichen und politischen Bereich“

Bückeburg: „Lernen am Beispiel M. L. Kings – Einführung in die gewaltfreie Aktion“

Spiekeroog: Konflikte spielend begreifen

Günther Reinboth, Archivstraße 3, 3000 Hannover 1, Telefon (05 11) 12 41-469/468

Nordelbien

Koppelsberg: „Deine Sprache verrät dich“ –

Wie Leben und Denken in der Sprache zum Ausdruck kommen

Koppelsberg: action ohne Inhalt: Manipulation in Film und Fernsehen

Martin Hennig, Hirschgraben 25, 2000 Hamburg 76, Telefon (0 40) 25 88 81

Rheinland

Radevormwald: „Einführung in Gewaltfreies Handeln“

Niederhorbach: „Gewaltlosigkeit und Kreativität“

Pfr. Helmut Schlüter/Wolfgang Schürmann, Kartäusergasse 9, 5000 Köln 1, Telefon (02 21) 32 24 00

Westfalen

Villigst/Schwerte: Hunger wird gemacht

Villigst/Schwerte: Verdrängt – vergessen. Begegnung zwischen den Generationen.

Preußisch Oldendorf: Männerrüstzeit

Villigst/Schwerte: Ausländer in der Bundesrepublik

Beratungsstelle der EKvW für KDV und ZDL,

Haus Villigst, Forstweg 2, 5840 Schwerte 5,

Telefon (0 23 04) 75 52 30

Württemberg

Oberrotenstein: Friedensbewegung – Friedensdienst –

Zivildienst!? Miteinander – Nebeneinander – Gegeneinander?

Beilstein: Was kann ich für Gerechtigkeit, Friede und

Bewahrung der Schöpfung tun? – Schritte auf dem Weg

zu einem Konzil des Friedens

Oberrotenstein: „Gib/vergib uns unser täglich Brot“ –

Unsere Ernährung und der Hunger in der Welt

Beilstein: Rüstungsexporte, Aufrüstung, Aktivitäten für

den Frieden in die/der Dritte(n) Welt. Welche Verantwortung

haben wir dabei?

Büro des Beauftragten der württembergischen Landeskirche

für KDV und ZDL, Rosenbergstraße 45, 7000 Stuttgart 1,

Telefon (07 11) 62 81 49